

Die Postzeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

# Volksmacht

Anzeigenpreise:  
Die 6spaltige Zeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3 spaltige Zeile 10 Pfg., die 2 spaltige Zeile 6 Pfg., die 1 spaltige Zeile 4 Pfg. Anzeigen mit Tagesbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt  
für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 98

Danzig, Montag den 29. Juni 1914

5. Jahrgang

## Wandlung in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung

Die evangelischen Arbeitervereine ziehen sich von den christlichen Gewerkschaften zurück und wenden ihre Gunst den gelben Werkvereinen zu. Das ist das neueste, was aus dem christlich-nationalen Arbeiterlager zu melden ist.

Bekanntlich hat der Kölner Gewerkschaftsprozess im katholischen Lager große Auseinandersetzungen nach sich gezogen. Der entbrannte Streit rief die evangelischen Arbeitervereine auf den Plan. Sie forderten von den christlichen Gewerkschaftsführern dringende Erklärungen, daß sich die christlichen Gewerkschaften niemals der Autorität der katholischen Kirche unterstellen, daß sie dieser gegenüber ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit wahren werden, und daß in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nichts geschehe, was dem evangelischen Bewußtsein zuwiderlaufe. Die christliche Gewerkschaftsführung beantwortete zunächst dieses Verlangen der evangelischen Arbeiterorgane mit Spott und Hohn, aber aus Rücksicht auf die christlich organisierten evangelischen Mitglieder sah man sich schließlich doch veranlaßt, mit den Redaktionen der evangelischen Arbeiterorgane beziehungsweise mit den Führern der evangelischen Arbeitervereine Westdeutschlands Rücksprache zu nehmen. Nicht nur gewerkschaftliche und konfessionelle Interessen drängten zu dieser Aussprache, sondern auch die politische Konstellation in Westdeutschland, die die katholischen Gewerkschaftsführer zwingt, es mit den evangelischen Arbeitervereinen nicht ganz zu verderben. Aber die katholischen Arbeiterführer hielten sich, die von den evangelischen Arbeiterorganen gewünschte Erklärung öffentlich und autoritativ abzugeben, sie gaben sie heimlich und unverbindlich unter der Hand ab. Die Führung der evangelischen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gab sich mit dieser Haltung der christlichen Gewerkschaftsführung zufrieden; wenigstens hat sie nach außen hin diesen Anschein erweckt. Sie ging gewiß von der Erwägung aus, daß es in dem genannten Industriebezirk nicht zu einem Zwiespalt zwischen den christlichen Gewerkschaften und den evangelischen Arbeitervereinen kommen darf, weil das auf die bekannte Kompromißpolitik des Zentrums mit den Nationalliberalen nicht ohne Einfluß bleiben würde. So verständlich man sich. Die christliche Gewerkschaftsführung gab heimlich unverbindliche Versprechungen, und das Hauptorgan der evangelischen Arbeitervereine, der Evangelische Arbeiterbote, erklärte seinerseits, daß er keine Ursache habe, die Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften aufzugeben. Daß diese Haltung des Arbeiterboten im evangelischen Arbeitervereinslager auf großen Widerstand stieß, stellte sich bald heraus. Es gibt außerhalb des rheinisch-westfälischen Industriebezirks Gebiete, wo die evangelischen Arbeitervereine an einer zentralistisch-nationalliberalen Kompromißpolitik nicht engagiert sind, wo Zentrum und Nationalliberale noch miteinander heiß um den politischen Besitzstand streiten, oder wo die evangelischen Arbeitervereine mit gelben Werkvereinen eine Personalunion bilden. In diesen Gebieten machten sich Bedenken gegen eine allzu große Freundschaft zwischen christlichen Gewerkschaften und evangelischen Arbeitervereinen geltend, und man war hier auch mit den abgegebenen und oben ange deuteten Erklärungen der katholischen Gewerkschaftsführung nicht einverstanden.

Diese Opposition fand ihren lebhaftesten Ausdruck auf dem letzten, in Saarbrücken abgehaltenen Verbandstag der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Der schlesische evangelische Arbeiterverband verlangte eine endgültige Regelung der Stellungnahme der evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften. Dasselbe wünschte der sächsische und der saarabische Verband. Zur Debatte stand das Ergebnis, das die Verhandlungen der christlichen Gewerkschaftsführer mit den Führern der evangelischen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gehabt haben, und das in der folgenden Erklärung der Evangelischen niedergelegt ist:

„Die Unterzeichneten haben aus den Verhandlungen den Eindruck gewonnen, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften unerschütterlich die Allen bleiben und jede Einmischung einer kirchlichen Autorität in die Gewerkschaften fernhin durchaus ablehnen.“

Die schlesischen und sächsischen Delegierten zweifelten den in der Erklärung hervorgehobenen Satz an, sie gingen von der richtigen Erkenntnis aus, daß sich letzten Endes die christlichen Gewerkschaften der Autorität der katholischen Kirche nicht entziehen können. Dafür verlangten sie die größte Vorsicht gegenüber den christlichen Gewerkschaften; im besten Falle solle man sich zu ihnen neutral verhalten. Daß diese Vorsicht am Platze ist, bezeugen die Ausführungen des Vertreters der Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften, des Herrn Bal-

trusch-Köln, der auf dem Verbandstag anwesend war und sich — wie das gelbe Organ Der Werkverein (Nr. 25) mitteilt — überhaupt

gegen den oben hervorgehobenen Nachsatz in der Erklärung wandte. Dieser Satz sei geeignet, den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager wieder erneut ins Rollen zu bringen und den eben beendeten (?) Kampf in der Frage der Engherzigkeit wieder anzufachen!!!

Das heißt mit anderen Worten: Die christlichen Gewerkschaften wollen „unabhängig“ sein, „jede kirchliche Autorität“ ablehnen, aber beileibe so etwas nicht öffentlich sagen, am allerwenigsten in einer schriftlichen Erklärung bekunden. Man hat in der christlichen Gewerkschaftsführung Angst vor der eigenen „Unabhängigkeit“, man trauert sich nicht mehr, von dieser „Unabhängigkeit“ zu reden. Ist das nicht zum Wälzen! Jetzt kann man verstehen, warum die christlichen Gewerkschaftsführer der vielfachen Aufforderung der Presse, den Inhalt der obigen Erklärung doch öffentlich zu akzeptieren, nicht nachkommen. Sie haben Angst, daß ihnen nach einer offiziellen Anerkennung dieser Erklärung die Autorität der katholischen Kirche über den Hals kommt. In dieser kläglichen Haltung der christlichen Gewerkschaftsführer dokumentiert sich ihr unwahrhaftiges Doppelspiel, über das im Kölner Gewerkschaftsprozess vorher und nachher so viel geredet worden ist. Dieses Doppelspiel offenbart sich immer mehr und wird auch von einem Teil der evangelischen Arbeitervereine durchschaut. Daher deren Mahnung an ihre Freunde, den christlichen Gewerkschaften gegenüber die größte Vorsicht walten zu lassen. Als in Saarbrücken einige Delegierte dennoch den Verbandstag ersuchten, eine Entschliebung zugunsten der christlichen Gewerkschaften zu fassen, wurde dieser Versuch von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt. Der Delegiertenlag wollte von dieser Unterstützung der christlichen Gewerkschaften nichts wissen. Herr Pfarrer Rold bemerkte, daß es „nicht Aufgabe des evangelischen Arbeiterkongresses sein könne, seine Arbeit in einer Werbetätigkeit für die christlichen Gewerkschaften aufhören zu lassen!“ Das dürfte schon mit Rücksicht auf die gelben Werkvereine nicht geschehen. Während die christlichen Gewerkschaften eine solche Zurückweisung erfahren, fanden die Ausführungen gelber Redner lebhaften Zuspruch. Mit Recht schreibt das Essener gelbe Organ, daß es sich nicht verkennen läßt,

„daß in der Stellungnahme der evangelischen Arbeitervereinsführer zur Gewerkschaftsfrage ein gewisser Wandel zugunsten der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung eingetreten ist“.

Da haben die christlichen Gewerkschaften die Befehdung! Sie werden beiseite geschoben; die Gunst der evangelischen Arbeitervereine wendet sich ihren grimmigen Feinden, den Gelben, zu. Und wenn die Kompromißpolitik der Nationalliberalen mit dem Zentrum im Ruhrbecken es nicht bedingte, lägen sich christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeitervereine auch in diesem Bezirk in den Haaren. So aber ist man hier noch auf vorläufige Gegenseitigkeit angewiesen.

Die so offenkundig sich vollzogene Wandlung in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wird sich mit der Zeit noch mehr bemerkbar machen. Interessant ist nur, daß von diesem auffälligen Vorgang nichts in der christlichen Gewerkschafts- und Arbeiterpresse zu lesen ist, und daß selbst der genannte Evangelische Arbeiterbote von jenem Teil der Saarbrücker Verhandlungen nichts zu melden weiß, der doch in erster Linie die evangelischen Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks angeht.

## Das Ehrenwort des Oberbürgermeisters

Zu stürmischen Zusammenstößen zwischen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit kam es am Donnerstagabend in Neukölln. Der Magistrat von Neukölln hatte bei der Aufstellung der Wählerlisten für die Kommunalwahlen sich selbst als Wähler und zwar mit einem Steuerjahre von 27 106 Mark eingetragen. Es ist klar, daß diese Eintragung des Magistrats als Wähler mit einer so hohen Steuersumme die Wählerklassen erheblich zugunsten der unteren Steuerklassen verschiebt. Die sozialdemokratische Fraktion bestritt dem Magistrat die Berechtigung einer solchen Freistellung der Wählerliste, und da der Bezirksausschuß das Vorgehen des Magistrats gebilligt hatte, beantragte sie, die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in dieser Frage anzurufen.

Genosse Groger begründete den sozialdemokratischen Antrag und griff die bürgerliche Mehrheit wie den Oberbürgermeister in schärfster Weise an. In Neukölln hören die Angriffe auf das Kommunalwahlrecht nicht auf; die Furcht, daß die Sozialdemokratie in dieser reinen Arbeiterstadt in abseh-

barer Zeit die Mehrheit erlangen könnte, treibt zu immer neuen Angriffen auf das Wahlrecht. Dabei werden alle rechtlichen Bedenken beiseite gestellt und der Oberbürgermeister hat sich in den Dienst dieser Treibereien gegen das Wahlrecht der unteren Klassen gestellt. Gegen ihn speziell führte Genosse Groger aus:

Dem Oberbürgermeister Kaiser ging von seiner Magdeburger Tätigkeit der Ruf eines aufrechten Liberalen voraus. Er hat alle auf ihn gesetzten Hoffnungen zunichte gemacht. Als er sich um die Stellung des Oberbürgermeisterpostens von Brandenburg bewarb, verpflichtete er sich auf Ehrenwort, niemals einer Verschlechterung des Wahlrechts zuzustimmen oder eine solche in die Wege zu leiten. (Stürmisches Hört! Hört!) Nach seinem Durchfall in Brandenburg bewarb er sich um die Stellung des Oberbürgermeisters in Neukölln (Neukölln). Er ging bei seiner Kandidatur die gleiche ehrenwörtliche Verpflichtung gegen unsere Genossen ein. (Lebhaftes Hört! Hört!) Dieses Ehrenwort hat er gebrochen. (Minutenlange Unterbrechungen durch die bürgerlichen Stadtverordneten.) Unter seinem Regiment sind in Neukölln dann alle Attentate auf die Bürgerrechte unternommen worden. Unter seiner Leitung ist Neukölln zu einem Tummelplatz wüster Reaktionen geworden. Ein Mann, der so zu seinem Ehrenwort steht, ist für uns erledigt. (Stürmisches Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Tumult bei den Bürgerlichen.) — Der Vorsitzende, der sich nicht verständlich machen kann, unterbricht die Sitzung auf 10 Minuten. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung erhält Genosse Groger einen Ordnungsruf. Genosse Groger: Der Ordnungsruf ändert an der Sache selbst nichts. Es steht fest, daß nur auf Grund seines Ehrenwortes der jetzige Oberbürgermeister Kaiser bei seiner Wahl in Neukölln unsere Stimmen erhalten hat.

Auf diese scharfen Angriffe mußte der Oberbürgermeister nichts zu erwidern. Er nahm lediglich das Wort, um die bürgerlichen Stadtverordneten zu bitten, ihm zu bestätigen, daß er sich nie gegen die der Stadtverordnetenversammlung gegenüber übernommenen Pflichten vergangen habe. Die Verpflichtungen, die er den Sozialdemokraten gegenüber vor seiner Wahl eingegangen war, erwähnte er mit keinem Wort. Sein bescheidener Wunsch wurde ihm schließlich unter dem Hohngelächter der Sozialdemokraten auch von einigen bürgerlichen Stadtverordneten erfüllt. Sie, die ein Interesse daran haben, die Sozialdemokratie zu unterdrücken, bestätigten, daß sie mit der Haltung des Oberbürgermeisters zufrieden seien. Mit 39 gegen 29 Stimmen wurde dann der sozialdemokratische Antrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Das wird natürlich nicht hindern, daß die Frage selbst vor das Oberverwaltungsgericht gebracht wird, denn es werden sich vermutlich noch mehrere Gemeindevewaltungen finden, die den genialen Einfall haben, sich selbst in die Wählerliste einzutragen und dadurch das Schwergewicht zugunsten der unteren Klassen zu verschieben. Wahrscheinlich haben auch die Attentate des Oberbürgermeisters Kaiser noch weitere Folgen; so hilflos ihn in der Donnerstag-Sitzung die bürgerliche Mehrheit auch herauszuhalten versuchte, hinterher tauchten auch unter den bürgerlichen Stadtverordneten recht erhebliche Bedenken gegen den Oberbürgermeister auf, der, um gewählt zu werden, sein Ehrenwort verpfändet und dann nicht danach handelt.

## Zentrumsbetternwirtschaft

Zur Landtagsersatzwahl in Köln-Land-Bergheim-Euskirchen schreibt ein Geistlicher der intransigenten Kölner Korrespondenz:

„Die Ersatzwahl zum preussischen Landtage in Köln-Land-Bergheim-Euskirchen, die am 19. Juni stattfand, ist nach verschiedenen Seiten bemerkenswert. Zunächst war die Beteiligung der Wahlmänner sehr gering, was bei Beurteilung der Tatsache, daß die Wahl einstimmig erfolgte, in Betracht gezogen werden muß. Allerdings wird auch das gute Wetter manchen ländlichen Wahlmann abgehalten haben, einen ganzen Tag der Wahl, die unter den vorliegenden Verhältnissen doch nur eine Formsache war, zu opfern. Weit mehr interessiert die Person des Zentrumskandidaten Josef Pauli aus Köln-Lindenthal. Sein Vater war in den Jahren 1888 bis 1907 ein hervorragendes Mitglied der liberalen Fraktion im Kölner Stadtparlament. Sein Bruder ist der Vorsitzende des Bundes der Landwirte für die Rheinprovinz, der Gewächselte selbst ist niemals für die Zentrumspartei irgendwie nennenswert hervorgetreten. Jedoch hat er persönliche Vorzüge: Er ist nämlich der Schwager des Kölner Oberbürgermeisters und der Vetter des Quertreibertöters Abg. Karl Trimborn, der bekanntlich Vorstand der rheinischen Zentrumspartei ist, sowie stellvertretender Vorsitzender des Volksvereins und außerdem natürlich zum Reichsausschuß des Zentrums gehört. Ueberhaupt sind die Verhältnisse in der Umgebung der rheinischen Metropole, was die Zentrumskandidaten betrifft,

nicht uninteressant. Den genannten Wahlkreis vertreten außer Herrn A. Vauil noch der Generaldirektor Des Volkswirtschafts Dr. Pieper, wohnhaft in M. Gladbach, und der Kreisrichter Dr. Heß zu Wipperfurth. Beide haben mit dem von ihnen vertretenen Wahlkreise keine persönliche Fühlung. Und doch ist innerhalb des Kreises wiederholt der delagende Wunsch laut geworden nach einem Kandidaten, der der Landwirtschaft angehört. Solcher Kandidaten gibt es im Kreise selbst eine Menge. Bevor die Kandidatur des Herrn Dr. Pieper aufgestellt worden war, hatten die Vertrauensmänner den Gutsbesitzer Comp aus Vochem bei Brühl, also aus dem Kreise selbst, in Vorschlag gebracht. Aber kurz vor der Wahl wurden die Wahlmänner von Köln aus aufgefordert, Herrn Dr. Pieper ihre Stimmen zu geben. Wer die Mittel kennt, mit denen die „Parteidiskiplin“ innerhalb des rheinischen Zentrums durchgesetzt wird, wundert sich nicht, daß die Mehrzahl der Vertrauensmänner diesem Gebot nachkamen. Warum die Kölner Zentralkomitee so vorging? Herr Dr. Pieper und Herr Dr. Heß, ebenso wie der Reichstagsabgeordnete Oberlehrer Audhoff sind Unitarier, also Vereinsbrüder des Kreisrats Pfarrrer Kasser. Letzterer ist stolz darauf, diese seine Vereinsbrüder ins Parlament gebracht zu haben, er macht aus seiner Verteidigung auch kein Hehl. Nicht also die Wähler ernennen die Abgeordneten, sondern das besorgt eine kleine Allgäu. Den Wählern wird das Kopfnicken überlassen. Das nennt man dann ein demokratisches Wahlrecht einer Volkspartei.

Es erübrigt sich, dieser sachkundigen und durchaus zutreffenden Schilderung der Zentrums-„Demokratie“ durch einen eingeweihten katholischen Geistlichen etwas hinzuzufügen.

### Die Postbeamtenbewegung in Frankreich

Auf dem letzten Kongress der Postbeamtenvereinigungen, der vor kurzem in Lille stattfand, hatte das Exekutivkomitee den Auftrag erhalten, die Anwendung der äußersten Mittel vorzubereiten, um den Senat zu veranlassen, endlich die von den Postbeamten verlangten Lohnaufbesserungen, die von der Kammer schon bewilligt wurden, anzunehmen. Sofort darauf hörte man, daß die Senatskommission ihren Widerstand gegen den Entwurf, wie er gemeinsam von den Delegierten der Postbeamten, der Regierung und der Kammer ausgearbeitet worden war, nicht länger durchzuführen würde. Damit schien die Gefahr eines Streiks beseitigt. Aber die Postbeamten, die seit langen, langen Jahren einen zähen, systematischen Kampf führen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, sind äußerst mißtrauisch geworden — und dieses Mißtrauen hat ihr Auge und ihren Mut geschärft. Dienstag stand im Senat die Frage der Postbeamtengehälter zur Verhandlung; ein Teil der nötigen Kredite wurde auch bewilligt. Aber eine der Hauptforderungen, für deren Erfüllung die Kammer sich fast einstimmig ausgesprochen hatte, die Erhöhung der Aufenthaltsschuldigung von 300 auf 400 Francs, lehnte der Senat auch diesmal wieder ab. Die Postbeamten, die mit dieser Möglichkeit gerechnet hatten, brauchten keine langen Vorbereitungen mehr, um die Antwort zu geben. Zwei Stunden später stockte der ganze Pariser Postverkehr, denn im Herz desselben, in der Hauptzentrale der Rue du Louvre, stellte das gesamte Personal die Arbeit ein, um sich in den Höfen zu versammeln, sämtliche Tore mit Postfäden und mit den Posttauis, die zur Abfahrt bereit standen, zu verbarrikadieren. Die Polizei, die von der Direktion gerufen

wurde, konnte gar nicht so machen und schließlich wurde gelagert, der Polizeipräsident Henjon lag genug, jeden scharfen Zusammenstoß zwischen seinen Mannschaften und den auferordentlich aufgeregten Postbeamten zu vermeiden. „Nieder mit dem Senat“, „Wir wollen unsere 400 Francs!“ das waren die Rufe, die von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts in der Zentrale erklangen, wenn nicht gerade die sozialistische Internationale oder sonst ein Arbeiterlied gesungen wurde. Man wollte die Beamten ausschüttern. An Stricken zogen die Belagerten Brotlaibe, Würste und Weinstaschen hinauf, die Freude unten anbanden, bis den Polizisten Befehl erteilt wurde, dies zu verhindern und alle Mitbringer abzuknurren. In den Nachmittagsstunden aber gelang es, von einem oberen Stockwerk ein Seil über die Straße nach einem Restaurant hinüberzuschwingen, an dem entlang große Proviantmengen hinaufbefördert wurden. Die Regierung machte vernünftigerweise gute Miene zu dem für sie nicht unangenehmen Spiel. Niemand anders als der Handelsminister Thomson selbst entschloß sich mit den Postbeamten in direkte Verhandlung zu treten. Grauen und Entsetzen muß ein preußisch-deutsches Regierungsgehirn erfassen, wenn es hört, daß zwischen 11 Uhr und Mitternacht der Handelsminister Thomson mitten unter den „aufständischen“ Postbeamten, auf dem Dach eines Postautomobils, das als Tribüne diente, eine Rede hielt, sie bat, zur Regierung Vertrauen zu haben, und ihnen das formelle Versprechen gab, ihre Forderungen im Senat zu vertreten, und daß ihm die Postbeamten dafür nicht einmal die Füße küßten, sondern ihn wie jeden andern Redner behandelten, ihn fortwährend unterbrachen, ihm ihr Mißtrauen zum Ausdruck brachten. Die reaktionäre Presse wird sich vor staatsmännischer Entrüstung über die Haltung des Ministers nicht halten können: und doch war der Gang Thomsons zu den Beamten die einzige Geste, die der Republik würdig war. Wenn es dem Minister gelingt, sein Versprechen im Senat durchzuführen, wird die Bewegung unter den Postbeamten sofort aufhören, denn die Verdächtigung einiger reaktionärer Organe, daß die Manifestation auf „syndikalistische Manöver“ zurückgeführt werden müsse, ist eine vollkommen haltlose Erfindung. Die Postbeamten sind keineswegs streiklustig und ebensowenig gesonnen, den Postbetrieb unnötigerweise zu stören; sie wollen lediglich, daß man sie nicht länger mit Worten abspeist. Und wie berechtigt ihre Forderungen sind, zeigt sich am besten dadurch, daß der Minister ihnen erklärte, daß er ihnen ausnahmslos zustimme.

### Politische Uebersicht Deutschland

— Eine neue Flottenvorlage. Von angeblich glaubwürdiger Seite wird einer Zentrumskorrespondenz mitgeteilt, daß derzeit in den beteiligten Reichsressorts Vorbereitungen zu einer neuen Flottenvorlage gepflogen werden. Das Reichsmarineamt sei schon mit seinen Entwürfen fertig; jetzt handele es sich darum, die Zustimmung des Kaisers zu erhalten, die auf der Kieler Woche erfolgen soll. Die Zentrumskorrespondenz bemerkt hierzu: „Dann darf das Reichsmarineamt sich den Kopf zerberechnen, woher es die Gelder nimmt. Ob der Bundesrat von einer solchen Vorlage sehr erfreut sein wird, angesichts des Fehlbetrages von 150 Millionen Mark beim Wehrbeitrag? Ob der neue Kriegsminister nicht auch noch einige „Lücken“ entdeckt, wenn sein Kollege von der See die Rüstungen verstärkt? Wir warten

alles in Ruhe ab; wir wissen auch, daß das übliche Dementi einer nicht orientierten Stelle kommen wird, aber im kommenden Winter wird sich zeigen, wer recht hat. Uns genügt es, jetzt schon auf diese Pläne hingewiesen zu haben, damit die Steuerzahler belästigt sich einrichten können.“

Die Zentrumskorrespondenz sollte mit ihrem Kritik vor-sichtiger sein. Wir werden es wieder erleben, daß das Zentrum wie bisher bei der neuen Flotten- oder Heeresvorlage zunächst etwas Opposition treiben wird, um dann die Steuerzahler um so sicherer einzuseifen zu können. Das Zentrum wird also nach den bisher gemachten Erfahrungen die neue Flottenvorlage bewilligen, um so energischer muß das arbeitende Volk gegen eine neue Belastung Protest erheben.

— Die Zweite badische Kammer stimmte am Freitag dem Budget zu, dem bereits am Mittwoch die Finanzkommission ihre Zustimmung gegeben hatte. Die Sozialdemokraten stimmten ohne jede Fraktionserklärung dagegen. Auch dem parlamentarischen Abend beim Staatsminister v. Dusch bleiben unsere Genossen fern. Sie werden sich auch am Mittwoch an dem feierlichen Kammereschluß nicht beteiligen.

— Ein nobles Stadtgeschenk für den bayrischen König. Die Münchener Stadtverordneten bewilligten 18 000 Mark für ein Ehrengeschenk zum 70. Geburtstag des Königs. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Die Fortschrittler hatten beantragt, statt des Ehrengeschenks Mittel für eine kulturelle Stiftung bewilligen zu wollen. Dieser Antrag wurde aber zurückgezogen, um die einstimmige Annahme des Magistratsantrages durch die bürgerlichen Parteien herbeizuführen.

— Die Uera der Kronprinzenbeleidigungsprozesse. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Schriftstellers Hans Bau, der wegen Beleidigung des Kronprinzen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

— Protest gegen den Gesetzentwurf über die Schundliteratur. Die Leipziger Handelskammer beschloß eine Eingabe an den Reichstag, in der der Reichstag aufgefordert wird, den Gesetzentwurf gegen die Gefährdung der Jugend durch Schundliteratur zurückzunehmen, da die zurzeit bestehenden Vorschriften ausreichen. Das Gesetz würde, ohne seinen eigentlichen Zweck zu erfüllen, dem Buchhandel und dem graphischen Gewerbe großen Schaden zufügen, da nach ihm sogar Werke von hoher künstlerischer und literarischer Bedeutung „ungünstig“ auf die Jugend einwirken könnten.

— Das nationalliberal-fortschrittliche Landtagswahlabkommen in Sachsen. Die Verhandlungen zwischen den beiden Instanzen über die letzten Differenzen der Wahlkreisverteilung lassen nunmehr soweit abziehen sein, daß die Möglichkeit eines Ausgleichs geschaffen ist.

### Frankreich

— Der Prozeß der Frau Caillaux. Entsprechend einem Erlasse des Justizministers hat der Gerichtspräsident Abanel, der in dem Prozeß gegen Frau Caillaux den Vorsitz führen wird, im Einvernehmen mit dem Oberstaatsanwalt Herbaug beschlossen, daß zu diesem Prozeß keinerlei Eintrittskarten gewährt und lediglich außer den Zeugen und Sachverständigen nur Anwälte und Journalisten zugelassen werden sollten. Besonders soll den Frauen der Zutritt ausnahmslos untersagt werden. Die Dauer des Prozesses, in dem 50 Befastigungs- und 20 Entlastungszeugen vernommen werden dürften, wird auf sechs Tage veranschlagt.

### Das schlafende Heer

Roman von E. Biebig.

„Aber da lies doch! Es ist ihm eben nicht anders möglich!“ Therese's Stimme klang gereizt. „Baron Kramstal hat vier, Herr von Korendowski fünf, Graf Dohnat vier, Graf von Falkenstein fünf! Und der Reichsmeier hat sogar einen ganzen Kennstall! Da kann man es Paul doch wahrhaftig nicht verdenken, daß er nicht gänzlich zurückstehen will. Du mußt ein Einsehen haben, Moritz! Dann hätten wir unsern Sohn eben nicht Offizier werden lassen dürfen!“

„Ja, da hast du recht — hm, ja!“ Er nickte mehrmals rasch hintereinander. Freilich — was sein muß — hm — muß sein! Den Kopf in die Hand stützend, grübelte er vor sich hin.

Therese stand ruhig und wartete. Sie wußte, er würde sich ihrer besseren Einsicht nicht verschließen. Sie würde übrigens einmal selber Hoppe vornehmen und sich informieren, was in diesem Monat einging. Obnehin wollte sie ihm sagen, daß diese Verchwendung von Hofpersonal nicht am Platze sei. Woher die Dirnen nur draußen mehr helfen — weibliche Arbeitskraft ist doch immer noch nicht so teuer wie männliche — wenn wußt zur Stelle dabei im Hütchen, war's reichlich genug. Die zwölf kannten sich ja nicht schlecht, sie schafften — mochten sie ihre Dammern brauchen! Und die Hühnermädchen konnten noch die Schweine mit übernehmen — Hühner machen so gut wie keine Arbeit. Man mußte sparen an allen Enden!

Seine scharfen Augen gingen durchs Fenster auf den Hof, dessen Breite, mit dem Tor in der Mitte, man bequem vom Studierzimmer aus übersehen konnte. Und noch weiter sah man: wie ein Bild, von den Wänden des offenen Hofstors eingerahmt, ein Stück der Felder, sich in den Himmel verlierend.

Auf der baumlosen Fläche, dunkel geredet, ragte am Horizont der Turm von Bocielcha. So hatte man den immer gesehen all die fünfundsiebzig Jahre, die man hier gewohnt! Er würde einem ordentlich fehlen. Aber daß sich da jetzt noch Biebig'scher erhob — wann die Sonne darauf schien blendeten sie — das war fäbrend!

„Du!“ sagte Frau Kestner plötzlich und wendete sich ihrem Manne zu. „Ist es wahr, daß der Niemczper mit den Anstieblern fraternisiert? Er soll immer hinfahren, sich um jeden Quark kümmern, als wär's seine eigene Angelegenheit. Wenn Scheffel das Fleisch in die Küche liefert, erzählt er immer der Moritz — natürlich, der Jude ist entzückt von so was! Ich muß gestehen, ich hätte Doletschal für innerlich vornehmer gehalten. Man sieht, das Hochadäiglein ist noch lange nicht

„Ein Esel ist er!“ Unwirsch fuhr Kestner auf. „Proletariat ladet er uns auf den Hals! Was sollen wir mit den Leuten? Zu Arbeitern sind sie viel zu anspruchsvoll, sie hegen uns nur unsere eignen Leute auf. Hätte sich wohl früher einer von den Hiesigen unterstanden, zu sagen: ich will nur bis acht Uhr arbeiten?! Bis die Sterne am Himmel standen, bei Mondlicht noch haben unsere Senfen gemöh! Die Russen, die im Afford sind, hauen sogar die ganze Nacht durch, wenn's sein muß. Und Sonntag, Sonntagsruhe — ei, daß dich!“ Er zog die seidene Mütze herunter, die er immer trug, sowohl im Hause als auf dem Hofe, und warf sie auf den Tisch. „Nun muß man ruhig zusehen, wie einem das ganze Getreide verpladdert!“

„Rege dich nicht auf,“ bat Therese. „Jeder verirrt eben, was er für gut hält!“

„Gut hält — gut hält! Kann ich denn tun, was ich für gut halte?! Wie ein Spürhund ist die Regierung einem auf den Haden. Und der Doletschal macht den Aufpasser. Ich werde es aber Paul sagen, daß mir die dicke Freundschaft mit dem nicht paßt! Wenn wir uns hier zusammenschließen, alle an einem Strang zögen, dann möchte ich doch sehen, wer die Karre anders schübe?! Aber Doletschal ist hier mit dem H-K-T — seit her gegründet ist, ist alles zugepöht. Es ist einfach nicht mehr auszuhalten!“

„Ja,“ sagte sie rasch, „es wäre das beste, wir verkaufen, dann wissen doch auch die Kinder, woran sie sind!“

„Nun natürlich!“ Er stand auf und ging an seinen Geldschrank. Umständlich schloß er auf. Und dann entnahm er einem besonderen Kästchen einen Schein. „Da, schick das dem Jungen!“

„Aber nicht von Miasieczko aus,“ grämte er nach einer Pause, in der er dagestanden und starr in den noch geöffneten Geldschrank hineingekuckt hatte. „Es wird sonst gleich ruckbar. Ich mag nicht, daß sie wissen, was ich verschide. Man wird so wie so immer überschätzt!“

„Ich werde morgen nach der Kreisstadt fahren — schade, daß es heute zu spät ist! — und von da schiden, per eingetriebenen Brief. Bei der Gelegenheit fahre ich bei der Landrätin vor; ich will ihre Kinder in den Herbstferien zu uns heraus laden.“

„Die Kinder — in den Ferien?“ Sein Gesicht wurde lang. „Muß das sein?“

„Ich bitte dich, Moritz, es muß nicht gerade sein, aber — eine kleine, ungeduldige Note stieg in ihr Gesicht — „wenn wir verkaufen wollen! Und — da es mir gerade einfällt — du hättest auch längst mal einen Besuch bei Doletschal machen können! Garezpreß ist zehnmal klüger — neulich sollen sie sogar zusammen spazieren gefahren sein. Das weißt du doch selbst ganz gut, wie man sich heutzutage dazuhalten muß!“

„Gott weiß es — das muß man!“ Er stieß einen tiefen Seufzer aus.

Ueber den Hof kam jetzt der Inspektor Hoppe. Breitbeinig ging er, man sah's, er war steif vom Reiten.

Therese, die schon im Gehen begriffen war, zögerte noch. Da konnte sie ihm ja gleich wegen morgen sagen!

Hoppe trat zugleich mit seinem Klopsen ein; mit den schweren, vom Alterstaub wie mit grauem Mehl besetzten Stiefeln tappete er achtlos in die Stube.

Ein unwilliger Blick der Gutscherrin traf ihn: hatte der denn noch immer nicht gelernt, eine saubere Diele zu schonen? Bismöglich lief er so auf den Teppich! Und nicht einmal die Mütze nahm er ab!

Die Miene des Inspektors war erregt, die Zornesader seiner Stirn dick geschwollen; aber um den Mund lag Bückmümmern. „Herr Kestner,“ sagte er hastig, „kommen Sie doch, bitte, mal raus! Herr Kestner, beim neuen Schöber machen Sie Skandal!“

„Wo, wer? Ach was!“ Ungläubig sah ihn der Herr an.

Frau Therese lächelte ein wenig spöttisch: da wurde mal wieder aus der Mücke ein Elefant gemacht!

„Herr Hoppe,“ sagte sie, „ich brauche morgen den Landauer. Bitte, um zwei Uhr! Und schicken Sie gefälligst den Milchwagen statt um vier: schon um drei Uhr nach Miasieczko. Eine Riste muß zur Frühpost zurecht kommen!“

Er hörte sie gar nicht. „Sie glauben es nicht, Herr Kestner?! Sehen Sie!“ Er nahm die Mütze ab. Ueber den grauen Kopf, mitten herüber, lief eine tüchtige Schmarre; das Blut war geronnen und hatte ringsum die Haare verklebt. Der wetterharte Mann schloß einen Moment wie im Schmerz die Augen, und dann machte er sie groß und vorwurfsvoll auf. „Sie haben den Leuten die doppelte Ration Schnaps geben lassen, Herr Kestner! Auch den Weibern! Nun sind sie aus Rand und Band. Halb acht Uhr Arbeitsluß wollen sie jetzt haben. Der Bogt hat mich zu Hilfe gerufen, er ist ihnen nicht gewachsen.“

„Und Sie auch nicht,“ brüllte der Pryborowoer. „Dummes Zeug! Warum haben Sie nicht drunter gehauen?“

„Ich habe.“

„Aber wie! Ich weiß ja, es widerstrebt Ihnen. Sonst wäre die Sache sofort erledigt gewesen! Also heute abend gibt's Gurkensalat fürs Gefinde und die saure Milch pur zu den Kartoffeln! Und den Komornik's erlaube ich es nicht mehr, eine Sau zu halten, wenn sie nicht kuscheln. Ueber den Scheffel Weizen reden wir auch noch einen Ton zusammen. Und den Wanderarbeitern, den Russen, sagen Sie nur: pafscholl! Einfach: pafscholl!“

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten

Krankenkasse Die treue Selbsthilfe.

Die Neuordnung der Krankenversicherung durch die Melchiorversicherungsordnung wurde in der Hauptsache bereits am 1. Januar praktisch durchgeführt.

Dieses trifft auch für die hier fast 34 Jahre existierende Kranken- und Sterbekasse Die treue Selbsthilfe zu.

Die treue Selbsthilfe war die weitaus größte der hiesigen Hilfskrankenkassen. Sie hat zeitweilig 7000 Mitglieder gezählt und erfreute sich einer ausgezeichneten Verwaltung.

Der Polizeipräsident von Danzig erläßt folgende Verfügung:

Es kann täglich beobachtet werden, daß Obstreste, wie Bananen- und Apfelsinenschalen, achlos auf die Straße geworfen werden.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse bittet uns um Aufnahme folgenden Hinweises:

Die in der heutigen Anzeige genannten Eingeschriebenen Hilfsklassen verlieren mit dem 1. Juli 1914 den Charakter als

Erstklassen, d. h., während bis zum 1. Juli die Mitgliedschaft bei einer dieser Hilfsklassen kraft Gesetzes die Befreiung von der Mitgliedschaft bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse zur Folge hatte, werden die Mitglieder jener Hilfsklassen vom 1. Juli ab kraft Gesetzes Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig.

Die Arbeitgeber der bei den Eingeschriebenen Hilfsklassen versicherten Mitglieder sind, soweit letztere im Stadtbezirk Danzig am 1. Juli 1914 in einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen, verpflichtet, sie binnen drei Tagen, d. h. bis zum 3. Juli einschließlich, unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke zu melden.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Verpflichtung, der Allgemeinen Ortskrankenkasse anzugehören, den Mitgliedern der Eingeschriebenen Hilfsklassen nicht das Recht nimmt, den bisherigen Hilfsklassen, die vom 1. Juli ab den Charakter von Zuschußklassen tragen, noch weiter anzugehören.

Mg. Neuer Weiserrat. Durch Wahl der Stadtverordnetenversammlung ist zum stellvertretenden Vorsteher und stellvertretenden Waisenrat der 17. Armen- und Waisenkommission (Waisenbezirke), bestehend aus: Niedere Seigen, Rammbau, Klein-Rammbau, Zapfengasse, Nähm, Heveliusplatz, Knüppelgasse und Kleine Knüppelgasse, anstatt des Bäckermeysters Friedrich Kropf der Friseur Eugen Ott, wohnhaft Nähm 19c, bestellt worden.

Vorsteher und Waisenrat der 17. Armenkommission ist der Restaurateur Adolf Eridt, wohnhaft Rammbau 30.

Mg. Der Magistrat hat bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt, die Wahlen folgender Personen vorzunehmen:

- a) als stellvertretenden Bezirksvorsteher. 1. für den Bezirk Heubude und Nieselsfeld den bisherigen Standesbeamten Hermann Peters, Heubude; 2. für den Bezirk Weichselmünde den Marinemeisterführer Georg Rurowski in Weichselmünde; 3. für den Bezirk Kratau und Westl. Neufähr den Hofbesitzer Heinrich Wienhold aus Kratau; 4. für den Bezirk Schellmühl den Buchhalter Ernst Koll in Schellmühl.

- b) als Waisenräte: 1. für den Bezirk Heubude und Nieselsfeld den Eigentümer Johann Schlemann in Heubude; 2. für den Bezirk Weichselmünde den Landwirt Eugen Köster Weichselmünde; 3. für den Bezirk Kratau und Westl. Neufähr den Eigentümer Hermann Busch in Kratau; 4. für den Bezirk Schellmühl den Betriebsleiter Robert Müller in Schellmühl; 5. für den Bezirk Brösen und Caspe den Bezirksvorsteher Zierold in Brösen.

- c) als stellvertretende Waisenräte: 1. für den Bezirk Heubude den Landwirt Wilhelm Krüger in Heubude; 2. für den Bezirk Weichselmünde den Eigentümer Paul Siedler I in Weichselmünde; 3. für den Bezirk Kratau und Westl. Neufähr den Eigentümer Ephraim Timm in Kratau; 4. für den Bezirk Schellmühl den Werkmeister Walter Mühlrath in Schellmühl.

Besuch im Hafen. An der Ostmole hat das norwegische Kanonenboot „Grithjof“, Besatzung zirka 60 Mann, festgemacht.

Polizeibericht vom 27. Juni.

- 1. Verhaftet: 13 Personen, darunter 1 wegen Unterschlagung, 3 wegen Bettelns, 1 wegen Einschleichens, 1 entlaufener Fürsorgejüngling. 2. Gefunden: Ein Kontobuch für Fr. Teckhoff mit zwei Zeugnissen; ein Paket mit einer Seidenarbeit; drei zusammengeklebte Schirme, eine Mädelbrille; ein goldenes Federarmband, abgehoben aus dem Fundbureau des Königl. Polizei-Präsidenten; ein Hätzelzeug in Papier gewickelt, abgehoben von Fr. Minna Schmidt, Pfaffengasse 6, 4 Tr.; eine silberne Herrenuhr mit Kette und Messer, abgehoben von Herrn Franz Gdanicz, Kaufgasse 6d, 1 Tr. 3. Zugelassen: Ein kleiner schwarzbrauner Wolfshund, abgehoben von Herrn Arthur Salewski, Beutlergasse 1. 4. Verloren: Eine Brieftasche mit Personalpapieren für Georg Steppel, ein braunes Portemonnaie mit zirka 2 Mark; eine goldene Brosche in Herzform, mit einem Opal; eine silberne Rocknadel mit einem roten Stein; eine goldene Haarspindel mit goldenem Weibhaar, enthaltend zwei Photographien, abzugeben im Fundbureau des Königl. Polizei-Präsidenten. 5. Entlaufen: Ein kleiner gelber Tadel mit Marke 1882-14, abzugeben an Herrn Adolf Mendelohn, Hansaplatz 12.

Danziger Standesamt vom 27. Juni Danzig.

Todesfälle: Student Georg Hammer, 23 J. 1 M. — Invalide Johann Eduard Krieg, 64 J. 7 M. — S. b. Kaufmanns Julius Kiewert, 5 Min. — Tischler Paul Lindner, 37 J. 10 M. — Restaurateur Johann Steppich, 61 J. — T. d. Arbeiters Rudolf Schantles, 10 M. — Unehelich: 2 Söhne.

Aus Westpreußen Ebing-Marienburg Die Sparbüchse.

Hans hatte seinen ersten Sechser geschenkt bekommen. Das war für ihn ein Vergnügen. Er baute Luftschlöffer und quälte Müttern so lange, bis sie ihm eine blecherne Sparbüchse kaufte. Hel... als das Sechservermögen in dem engen Wechspalt verschwand und mit hellem Klängen ausschlug, blitzten des Kleinen Augen glänzend auf.

Kleines Feuilleton

Zur Frage unentgeltlichen Geburtshilfe wird uns aus Zürich geschrieben: Eine Arbeit des Züricher Arztes Dr. R. Wehrlin behandelt die Frage, wie man die unentgeltliche Geburtshilfe populärer machen könne.

Von den mancherlei Gründen, die die Schwangeren abhalten, zur Entbindung in die Klinik zu gehen, teilt Dr. Wehrlin folgende mit: Eine Frau gab an, immer gut geboren zu haben, sie werde auch weiter gut gebären.

werfen, nehmen sie lieber die Kosten, Placereien und Gefahren der Entbindung daheim mit in den Kauf. Denn das Gesetz bestimmt, daß nur Wöchnerinnen Anspruch auf unentgeltliche Geburtshilfe haben, die vermögenslos sind und deren Einkommen unter 2000 Franken (1600 Mark) beträgt.

drohte entgegen dem Gesetz, die Unterstützung zu verweigern, wenn eine Frau die Klinik durchaus nicht aufsuchen wollte. Oder man erklärte den Frauen, wenn sie entgegen dem Rat des Stadtarztbureaus doch zu Hause gebären wollten, so würden ihnen zwar die Hebammenkosten vergütet, nicht aber auch die Aufwendungen für den Arzt, sofern sie deren Hilfe bedürften.

Aus allen diesen Gründen fordert Dr. Wehrlin die Aufhebung jeden Zwanges zur Entbindung in der Klinik. Aufklärung sei nötig, aber ohne Polizeimahregeln. Selbst wo Frauen entgegen ihrem Interesse auf der Hausgeburt beharren, solle man sie beraten, nicht kommandieren.

Die Veröffentlichung des Dr. Wehrlin ist in mehr als einer Beziehung lehrreich. Sie beweist nicht nur, wie bitter not es tut, daß die Frauen über ihre Bedürfnisse und Interessen als Gebärende und Wöchnerinnen aufgeklärt werden.

der probieren wollte, verschwinden. Ich habe sie eingeschlossen... hatte die Mutter mit abgewandtem Gesicht gesagt. „Na, Du kannst sie mir doch wenigstens mal zeigen, kannst sie mal schmecken“, hat Hanschen. Wieder drehte sich die Mutter um und brachte ihren Jungen auf andere Gedanken. Von nun an fragte er nicht mehr, brachte aber jeden Sechser, den er sich durch kleine Potenzengeude verdiente, treu zu Mutter. Die Monate schwand. Da kam Hans im Juni, als die Rosen blühten und dufteten, froh erblut von der Schule angestrichelt. „Mutter, wir machen mit unserem Lehrer einen Ausflug... weit weg, mit dem Dampfer, hat er gesagt... wer eine Mark mitbringt, kann mitfahren. Nimm gutes Nutten, gib mir die Mark aus meiner Spardbüchse!“ Erschrocken suchte die Mutter zusammen. „Wann sollst Du die Mark mitbringen? Morgen, übermorgen? Ja doch, ja... ich gebe sie Dir... muß erst den Schlüssel zur Spardbüchse suchen...“ Hans jubelte und ging spielen. Wenn er wählte... nein, er darf es nicht wissen. Eine Mark, eine ganze Mark wollte der Junge haben, von seinem ersparten „Vermögen“, von seinem Eigentum, und es war doch kein Kleinigkeit im Hause, nicht mal der erste Sechser mehr in der Spardbüchse. Vater war schon monatelang arbeitslos. Was fragst du die hungrigen Mäulchen, wo das Geld herkommt. Essen wollen sie, essen... essen, sich satt essen. Und eines Mittags, als der Vater wieder erfolglos von der Arbeitsuche nach Hause kam und die Rot sich ankündete, hatte Mutter mit zuckenden Fingern nach der Spardbüchse des Jungen gegriffen. Ach, wie das schillerte, als der winzige Schlüssel ins Schloss fuhr! Was ob das kleine Blechgehäuse einen großen Schmerz empfände! Da lag stumpf blinkend das Vermögen, von dem Hans reich zu werden träumte. Nein, es mußte sein. Geld kann man nicht essen... und der Junge wird ja nichts merken. Mehr als fünf Mark... das bringt über die größte Not für ein paar Tage hinweg. Wie auf eine Sünde ertappt, verbarg Mutter die kleine Spardbüchse in der tiefsten Ecke des Wäschekranzes. Er darf ja nichts merken, der sparsame Junge, und vom Wochenlohn, den Vater heimbringt, wird bald die Büchse wieder gefüllt.

Rein, er hat nichts gemerkt, der Hans, als er acht Tage später seine Mark haben wollte. Er hat seine Mark, die Mutter bangenden Herzens zusammenborgte, richtig erhalten, hat seine Sommerfahrt mitmachen dürfen... für sein Geld.

**Stilprämien** gewährt die städtische Säuglingsfürsorgestelle in Elbing. Die Mütter erhalten in den Sommermonaten für die Woche 2 Mark (gegen früher 1 Mark) und in den Wintermonaten 1 Mark (gegen früher 50 Pf.). Die Auszahlung erfolgt nachträglich alle 14 Tage gelegentlich der Fürsorgesprechstunden. Denjenigen Säuglingen, die gar nicht oder nicht genügend Brustnahrung empfangen können, wird sofort Borjugsmilch gewährt werden. Diese wird gegen Guthaben, die den Müttern ausgehändigt werden, von der Mollerei H. Schröder in folgenden Filialen geliefert: Holl. Chaussee 14, Neufferer Georgendamm 25, Neufferer Mühlenendamm 78, Neufferer Mühlenendamm 97, Sonnenstraße 16, Königsberger Straße 60, Königberger Straße 124, Leichnamstraße 57, Kastanienallee 106, Grubenhagen 21a, Hl. Geiststraße 1, Hl. Geiststraße 30, Jun. Vorberg 22, Neufferer Marienburger Damm 25a, Herrenstraße 47.

**Der russische Arbeiter** Bjozed Michalski prügelte den Arbeiter Trianowski aus Grünhagen mit einem Holzschicht zu Tode. Ein Scherz des Trianowski scheint die Ursache der Tat zu sein. Das Schwurgericht verurteilte Michalski zu drei Jahren Zuchthaus. — Unsere Agrarier sind wirklich große Patrioten. Wieder beschäftigen sie Elemente, die eine Gefahr für ihre Umgebung bilden, als daß sie deutschen Arbeitern einen anständigen Lohn zahlen.

**Wegen verführter Holzsuch** verurteilte das Schwurgericht in Elbing den 38 Jahre alten verheirateten Arbeiter Peter Bierant aus Brunau zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. B. hatte versucht, auf der Chaussee von Brunau nach Fürstenwerder ein Mädchen zu verführen. Durch einen Radfahrer war er aber verfehlt worden. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

**Die Marienburger Stadtvordenden** beschließen, für die großen Betriebe eine Herabsetzung der Gewerbesteuer. Einzelheiten dieser „mittelständfreundlichen“ Maßnahmen können leider nicht angegeben werden, da die Beratung in geheimer Sitzung erfolgte.

**Ein raschfahrendes Fuhrwerk** verlegte in der Fleischergasse in Marienburg eine taubstumme Schülerin durch einen Stoß mit der Deichsel so schwer, daß die Kleine bewußlos liegen blieb.

### Stuhm-Marienwerder

**Feuer** zerstörte in Köpzig das Wohnhaus des Eigentümers Bionski. Der Brand kam durch einen schadhaften Schornstein aus.

**Die Maul- und Klauenpeuche** gewinnt seit einigen Wochen in den Kreisen Stuhm und Marienwerder ebenfalls immer mehr an Ausdehnung.

### Graudenz-Strasburg

**Großfeuer** brach in Graudenz im Hause Bohlmannstraße 6 aus. Hier hatte erst im vorigen Winter ein größeres Feuer gewütet. Diesmal war das Dachgebälz des großen dreistöckigen Gebäudes in Brand geraten. Die Flammen fanden so reichliche Nahrung, daß es zwei Stunden dauerte, bis sie bewältigt wurden. Der Dachstuhl des Mittel- und Seitengebäudes ist trotz der Bemühungen der Feuerwehr völlig zerstört worden.

### Thorn-Kulm-Briesen

**Der Geburtentod** hat sich im Jahre 1913 auch wieder in der Stadt Thorn bemerkbar gemacht. Die Zahl der Geburten betrug auf das Taufen- und Lebender:

	1911	1912	1913
I. Quartal:	30,20	33,65	28,57
II. Quartal:	29,16	27,17	27,21
III. Quartal:	28,90	30,59	27,83
IV. Quartal:	28,21	28,30	26,75

Die Eheschließungen sind so ziemlich gleich geblieben. Die Sterbefälle haben sich von 19,55 im ersten Quartal 1911 auf 14,76 im vierten Quartal 1913 vermindert. Die höchste Sterblichkeitsziffer hatte das dritte Quartal 1912 mit 22,26 auf das Tausend Lebender zu verzeichnen.

Die Thorer Presse kündigt hierauf an, daß sich die amtlichen Untersuchungen wohl in nächster Zeit zu gesetzgeberischen Maßnahmen verpflichten würden. Ganz tröstlos ist sie, daß das Jahr 1913 alle Hoffnungen getrübt hat. Sie behauptet aber rundweg, daß sich die Lebenshaltung, vor allem die der unteren Schichten, ebenso wie wirtschaftliche Lage, behebend gehoben hat. Davon leider wenig zu merken ist. Die Worte des Herrn Dr. Sajt gelegentlich der Diskussion eines Vortrages stimmen noch immer: „Man gebe dem armen Manne mehr Brot, dann wird auch der Mangel der Geburten aufhören!“

**Vom Thorer Oberkriegsgericht** wurde die Berufung des wegen Anborens Untergebener, Unterschlagung und Betruges vom Kriegsgericht zu drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilten Sergeanten Eduard Flechsig verworfen. Nur von der Anklage des Betruges wurde er freigesprochen. Es blieb aber trotzdem bei derselben Strafe.

Gleichfalls in der Berufungsinstanz wurde gegen den Sanitätsfeldaten Simson wegen Unterschlagung verhandelt. Er hatte eine Uhr, die ein Musikler liegen gelassen hatte, an sich genommen. Das Oberkriegsgericht glaubte dem Angeklagten, daß er die Uhr zurückgeben wollte, wenn sich jemand melde, hob das erste Urteil von vier Wochen strengem Arrest auf und sprach den Angeklagten frei.

**Vorsicht bei Unfällen.** Die Frau des Arbeiters Macquiat in Thorn trat auf ein Stück Glas. Sie beachtete die Wunde nicht und starb an Blutvergiftung.

**In Deutsch Rogau** versuchte ein Arbeiter ein Dienstmädchen zu vergewaltigen. Er wurde jedoch durch das Geschrei hinzukommender Frauen verschreckt und ergriff auf seinem Rade die Flucht.

### Schlochau-Flatow

Jalkendorf heißt jetzt die frühere Landgemeinde Nastrzembo.

## 9. Deutscher Gewerkschaftskongress

(Fünfter Verhandlungstag.)

C. B. München, 26. Juni.

Die Debatte über das Referat Schilde: Arbeitswilligenschulung und Unternehmerterrorismus, sowie über die dazu gestellte, bereits veröffentlichte Resolution wird fortgesetzt. Zu einem Antrag Liebmann-Weipzig (Metallarbeiter) erklärt Vorsitzender Leipart: Der Kongress hat es von Anbeginn abgelehnt, die Massenstreikfrage zu erörtern. Dieser Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß der Gewerkschaftskongress den Grundgedanken der gewerkschaftlichen Praxis ausreicht erhalten wollte, wonach es unklug erscheinen müßte, taktische Maßnahmen und unsere Kampfmittel in der notwendigen Abwehr vor aller Öffentlichkeit zu erörtern. (Sehr richtig!) Der auf den Massenstreik bezügliche Teil des Antrages wird darauf zurückgezogen. Den sonstigen Inhalt des Antrages begründet Liebmann: Gegenüber den immer heftiger werdenden Angriffen der Schachtmacher auf das Koalitionsrecht ist die Arbeiterschaft verpflichtet, dieses Recht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Das, was der Resolution Schilde noch fehlt und was unbedingt in dieser Situation gesagt werden muß, soll durch unseren Antrag ausgesprochen werden. Schauer-Stein (Bauarbeiterverband) weist auf den organisierten Terrorismus der Kommunisten Landherren und des konservativen Kommunisten Bauernverbandes hin. — Der letzte Redner ist der Sekretär des Bauarbeiterverbandes in Köln, Genosse Fröhlich, der durch das Urteil der „Richter aus dem Volke“ in dem Landfriedensbruchprozesse auf die Auslage des vielfach und schwer verurteilten Robert Hauptmann zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilt worden war und diese Strafe vor kurzem abgehört hat: Daß das Unternehmertum uns verstimmt, nehmen wir ihm nicht übel, aber wir können verlangen, daß es dabei anständige Mittel anwendet. Wie werden die Folgen in den Streikprozessen bewerten? Der Redner erinnert an seinen eigenen Streik. Gegen solche Urteile, wie es gegen mich ergangen ist, muß die Arbeiterschaft härter als bisher Front machen, und zwar müßte der Massenstreik die Antwort sein. — Leipart drückt dem Genossen Fröhlich die warmste Sympathie des ganzen Kongresses aus. — Genosse Anoll (Generalkommission) erinnert an den Terrorismus behördlicher Organe gegen die Arbeiterbewegung, unter denen besonders die Steinleger, die vielfach mit den Behörden zu tun haben, zu leiden haben. Es ist ein höchst notwendiges Entzücken der herrschenden Klassen, den Arbeitern die größten Lumpen und Terroristen an ihrer Klasse als die vorzüglichsten Menschen hinzustellen. Zum Glück hat die deutsche Arbeiterschaft einen solchen Fonds von Williger Kraft, daß sie sich niemals das Gefühl einfließen lassen wird, der größte Lump ist der größte Lumpenbock. (Beifall.) — Ein Schlußantrag wird angenommen. — In seinem Schlußwort betont Schilde, daß gegenüber der Agitation und Hege des Unternehmertums über angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften diese ihrerseits jede Gewalttätigkeit fernhalten müssen, um den Nachweis zu führen, daß gerade diese Agitation der Unternehmer nichts weiter ist als eine gewissenlose Hege. Der Antrag Liebmann ist in meinem Antrage gewissermaßen mit enthalten. — Darauf wird der Antrag Liebmann abgelehnt und die Resolution Schilde einstimmig angenommen. — Es folgt die Abstimmung über Abschnitt B des Regulatives wegen Erledigung von Grenzstreitigkeiten, zu dem zahlreiche Anträge vorliegen. — Der Zusatzantrag des Fabrikarbeiterverbandes, der unter Umständen die Zuführung gelehrter Arbeiter in die für sie zuständigen Verbände der ungelerten fördert, wird mit 367 Stimmen gegen 74 Stimmen mit nur 310 000 Mitgliedern, aber mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. — Die Metallarbeiter beantragen eine Fassung, durch die die Möglichkeit einer Beschwerde innerhalb eines Monats nach Zustellung des Schiedsspruches geboren wird für den Fall, daß der Beweis erbracht werden kann, daß gegen bestehende gewerkschaftliche Grundzüge verstoßen ist und auch sonst Fehler im Verfahren vorgekommen sind. Hierbei wird nochmals die Debatte eröffnet. — Schilde-Strurgart: Schon in der Vorstandskonferenz habe ich auf die Notwendigkeit, eine weitere Instanz zu schaffen, hingewiesen, sobald wir das Schiedsgericht zu zwingendem Recht machen. Ein Schiedsgericht kann auch beim besten Willen ein für die Entscheidung wichtiger Moment übersehen, es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Führung der Verhandlungen einmal zu wünschen übrig läßt. Da muß die Möglichkeit der Revision gegeben sein. Wir schlagen deshalb vor, den Parteien die Möglichkeit zu geben, eine Revision des Urteils durch die Berufungskommission herbeizuführen. Die Konferenz wird sich nur mit der Nachprüfung des Verfahrens zu beschäftigen. — Klotz-Berlin: Nur gegen solche Urteile darf eine Beschwerde für zulässig erachtet werden, die nicht mit Dreiermehrheit gefällt worden sind. — Umbreit:

Ich bin gegen die Einführung der Berufung, weil durch sie die Autorität der Schiedsgerichte gemindert wird. Ich bitte die Metallarbeiter dringend, in ihrem Antrage den Passus, der sich auf die „Prüfung des Verfahrens“ bezieht, zu streichen. — Regen: Die Annahme des Antrages der Metallarbeiter ist in der gegebenen Situation zweckmäßig, um den Frieden in den Organisationen zu sichern. — Döllner-Berlin (Buchdrucker) tritt für den Antrag Schilde ein, der die Einigkeit bringe. — Ein Schlußantrag wird angenommen. — Die vom Vorsitzenden Leipart gestellte Vorfrage, ob in Zukunft Schiedsgerichte zur Entscheidung von Grenzstreitigkeiten eingesetzt werden sollen, wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fabrikarbeiter bejaht. — Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag 22, ob gegen Schiedssprüche die Berufung an die Vorstandskonferenz, d. h. die sachliche Nachprüfung des Schiedsspruches in vollem Umfang gestattet werden soll. Der Antrag wird mit 370 Stimmen gegen 65 Stimmen abgelehnt und sodann in einfacher Abstimmung der Antrag Schilde mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Abschnitt „Grenzstreitigkeiten“ des Regulatives. — Einige Anträge, die wünschen, daß der Kongress sich im Sinne der Betriebsorganisationen ausspreche, werden gegen die Stimmen der Fabrik- und Gemeindefabrikarbeiter abgelehnt. Ein Antrag der Buchbinder auf einheitliche Regelung der Uebertrittsbedingungen und gleichmäßige Gestaltung der Karenzzeiten wird der Vorstandskonferenz übermiesen. — Darauf wird in der Schlußabstimmung das ganze Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands gegen die Stimmen der Fabrik- und Gemeindefabrikarbeiter angenommen. — Bren (Fabrikarbeiter) bedauert in einer Erklärung die Ablehnung aller Anträge, die der in den kapitalistischen Entwicklungstendenzen liegenden Betriebsorganisation die Wege ebnen sollten, und meint, daß die Entscheidung des Gewerkschaftskongresses eine Vermehrung der Differenzen und Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaften zur Folge haben werde. Wir sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß die Verbände der gelehrten Arbeiter im Sinne der Erklärung des Vorsitzenden der Generalkommission handeln, die dahin ging, daß diejenigen gelehrten Arbeiter den Organisationen der Kampflosigkeit dieser Organisationen wesentlich beitragen. Die Bildung der Zwangsschiedsgerichte erschwert das gewerkschaftliche Zusammenwirken außerordentlich. Die Unterzeichneten lehnen deshalb nachdrücklich die Verantwortung für alle Folgen dieser Beschlässe ab. — Diesel mit Anträge aufgenommenen Erklärung schloß sich für die Gemeindefabrikarbeiter Heemann an. — Vorsitzender Leipart erwidert ihnen, daß die Mehrheit des Kongresses die Beschlässe nach reiflicher Überlegung und in der besten Ueberzeugung gefaßt hat, damit dem Wohle der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu dienen. (Lebhafter Beifall.) — Damit ist die Beratung des Regulatives erledigt.

Nach der Mittagspause referiert Genosse Liebmann vom Holzarbeiterverband über die Bestimmungen des Verbandes deutscher Arbeiternachweise. Er bespricht zunächst die Organisation des öffentlichen Arbeiternachweises, dessen 16 Arbeiternachweisverbände mit den ihnen angehängten 330 Arbeiternachweisen von Dr. Freund als die gesetzlichen Träger der deutschen Arbeiternachweisorganisationen vorgeschlagen werden. Darunter sind Arbeiternachweise, die diesen Namen garnicht verdienen, vertreten, deren Neutralität nicht mit Parität verwechselt werden darf. Seitens der Arbeiter wurde den öffentlichen Nachweisen ein weitgehendes Vertrauen entgegengebracht, das aber auf der Gegenseite mit unzuverlässigstem Mißtrauen erwidert wurde. In ihnen herrscht vielfach ein Arbeiter- und gewerkschaftsfeindliches Gefühl, wie sich unter anderem bei den Arbeiternachweisämtern der Hamburger Holzarbeiter im Jahre 1911 gezeigt hat. Der Vertreter des Arbeiternachweisverbandes, Landrichter Dr. Neumann-Hamburg, hat es verstanden, sich den lebhafte Beifall der Schachtmacher zu erringen. Heute wissen wir, daß die Hege gegen die paritätischen Nachweise von dem angeblich unparteilichen Verbands deutscher Arbeiternachweise Arm in Arm mit den preussischen Ministern des Innern und für Handel und Gewerbe geführt wird. Auch die praktische Vermittlungstätigkeit der öffentlichen Nachweise ist nicht geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zu ihnen zu erhöhen. Trotzdem wollen wir auch weiterhin an der Ausgestaltung der öffentlichen Arbeiternachweise mitarbeiten, natürlich unter gewissen Reserven dafür, daß dabei die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen nicht geschädigt werden. Soll der Arbeiternachweis nach dem Willen der Unternehmer ein Kampfbüchlein sein, dann wird auch die Arbeiterschaft kämpfen müssen. (Sehr wahr!) Wir sind keine Gegner der gesetzlichen Arbeitervermittlung, müssen aber vor allen Dingen darauf bestehen, daß alle paritätisch organisierten gemeinnützigen Arbeiternachweise anerkannt und zu gemeinsamen Wirken verpflichtet werden, insbesondere müssen die paritätischen Tarif- oder Facharbeiternachweise als wertvolle Errungenschaften der Arbeiter anerkannt und geschützt werden. Allen Gegnern zum Trotz marschieren diese Arbeiternachweise, denen 1912 bereits 1691 Tarifgemeinschaften mit insgesamt 231 000 Beschäftigten angehängt sind. Wohl die beste Lösung der Arbeiternachweisfrage ist in der Tarifvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf paritätischer Grundlage zu erblicken, unter Anerkennung der Selbstverwaltung dieser Tarifarbeiternachweise. Die volle Unabhängigkeit der paritätischen Facharbeiternachweise ist der Bureaucratie unangenehm und deshalb soll sie beseitigt werden. Und die Christlichen und die kirchlichen Gewerkschaften helfen dabei tüchtig mit. (Stört! hört!) Die Reformwünsche des Vorsitzenden des Arbeiternachweisverbandes Dr. Freund schienen diese Richtung ein. Nun, wenn man uns diesen Kampf aufdrängt, sind wir bereit, ihn aufzunehmen. Wir sind dazu gezwungen, wenn die notwendige und nützliche öffentliche Arbeitervermittlung arbeitervoll und gewerkschaftsfeindlich mißbraucht wird. Nun will Dr. Freund die öffentlichen Arbeiternachweise gesetzlich monopolisieren, ihnen eine ährliche Stellung wie den Bundesstammern gestatten. Ein lächerliches Ding öffentliches Nachweise soll das deutsche Reich umspannen, in denen aber die staatlichen Behörden allein zu bestimmen haben sollen, während daneben höchstens noch die Unternehmerarbeiternachweise usw. gebildet werden sollen. Alle möglichen Leute sollen darin vertreten sein, nur die Arbeiter nicht. Das ist die Unparteilichkeit dieser Nachweise. Der Arbeitersuchende wird garnicht gefragt. Wir wollen dem Ausbau des öffentlichen Nachweises auf paritätischer Grundlage unsere Kräfte widmen, aber wir verlangen auch Anerkennung unserer Mitarbeit nicht nur von den Gesetzgebern, sondern auch von den Trägern des öffentlichen Arbeiternachweises. (Lebhafter Beifall.) Der Referent unterbreitet dem Kongresse eine Resolution, in der die Bestimmungen des Verbandes deutscher Arbeiternachweise scharf zurückgewiesen werden und erklärt wird, daß der Arbeiternachweis grundsätzlich den Interessentkämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern entgegen zu wirken muß. Die Resolution sieht die beste Lösung des Arbeiternachweisproblems in einer gesetzlichen Regelung, die alle paritätisch organisierten, gemeinnützigen Arbeiternachweise anerkennt und zu gemeinsamen Wirken verpflichtet. Sie weist die Bekämpfung der tariflichen Facharbeiternachweise durch den Verband deutscher Arbeiternachweise zurück. — Ich lehne ebenso die Reformvorschlüge des Verbandes deutscher Arbeiternachweise, die darauf gerichtet sind, in einer öffentlich-rechtlichen Organisation der Arbeitervermittlung den Einfluß der Bureaucratie wie auch der Unternehmer zu stärken, ab. In der Diskussion nimmt Pösch-Berlin (Gastwirt-schiffen) das Wort, der auf die besonders gearteten Verhältnisse in der Arbeitervermittlung in seinem Berufe hinweist und betont, daß die Gewerkschaften sich an den paritätischen Arbeiternachweisen beteiligen müssen, weil sonst die kirchlichen, Dunterschen, die Gelben und Christlichen ihre Stellen einnehmen würden. — Cohen-Berlin (Metallarbeiter) hält es für besser, wenn den Gewerkschaften die gesetzliche Regelung möglichst lange vom Halbe bleibt. Wenn Winnig, wie er in einem Artikel in der Neuen Zeit ausführt, von der gesetzlichen Regelung der Arbeitervermittlung eine Eindämmung der gelben Gefahr erwartet, so halte ich das für falsch. — Umbreit: Wir wollen keine gesetzliche Regelung unter Preisgabe des Einflusses der organisierten Arbeiter, sondern nur im Sinne einer weiteren Einwirkung in sozialer Hinsicht. — Winnig-Hamburg erklärt, daß er zu seiner Ueberzeugung dadurch gekommen sei, daß die Richtung der gelben Vereine gefördert wurde und daß dadurch die Arbeiternachweise in verschiedenen Großindustrien von den Unternehmern beherrscht würden. In absehbarer Zeit kann dieses Arbeiternachweismonopol der Industrien nicht gebrochen werden. Hier muß die politische Bewegung der Arbeiterklassen die gewerkschaftliche ergänzen. Ich stimme der Resolution Neumann bei, aber ich habe in der Neuen Zeit nicht über die gesetzliche Regelung der

Arbeitsnachweisfrage geschrieben, sondern nur darüber, wie wir die gelbe Bewegung bekämpfen können. Und das kann nur dadurch geschehen, daß wir das Monopol des Unternehmertums auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises brechen. — Nach einem Schlußwort des Referenten Rumann wird keine Resolution einstimmig angenommen. — Am Schluß der Sitzung werden die Vorschläge für die Wahl der Generalkommission, die morgen feierlich stattfinden, kurz besprochen. Leipart, Umbreit, Rieth und Calver nehmen eine Wahl zur Generalkommission nicht an. — Die weiteren Verhandlungen werden auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

## Die wirtschaftliche Umwälzung in der Schweiz

Bern, im Juni.

(Eindrücke von der Landesausstellung in Bern.)

Die gewaltige Kraftanstrengung eines ganzen Volkes, das seine Entwicklung von mächtigen Nachbarn ringsum bedroht sieht — das ist die schweizerische Landesausstellung, die sich seit dem 15. Mai in der Bundeshauptstadt als Monographie über die Entwicklung des Landes aufstellt. Sie ist nicht nur schön, — beim Empfang der Presse erklärten deutsche Redaktoren, daß sie getrost jeden Vergleich mit den Ausstellungen in Köln, Leipzig und Stuttgart aushalten könne, — sondern weit mehr noch lehrreich. Denn sie ist die Manifestierung der Arbeit des ganzen Landes; die man in dieser einheitlichen Gründlichkeit selten zu sehen Gelegenheit hat.

Und das will für die „kleine Schweiz“ etwas ganz Besonderes heißen! Das klingt manchem übertrieben? Nun, das liegt eben daran, daß gerade in bezug auf die Schweiz das bekannte Wort gilt: Vom andern Lande halten gerade die am wenigsten, die es nicht aus eigenem Darinleben kennen! Nur wenigen ist draußen bekannt, wie schwierig für die Schweiz die Entwicklung ist: Nebeneinander Landwirtschaft und Industrie in fast extremen Entwicklungen, nebeneinander ultramontaner Katholizismus, stark bewußtes Reformiertentum und weit verbreitetes Freidentertum, nebeneinander uralte Staatsverfassungen und sehr neue, nebeneinander alle Parteien vom Konservativen bis zum Sozialisten in voller politischer Gleichberechtigung bei der Gesetzgebung, nebeneinander schließlich vier Völker mit vier Sprachen, deutsch, französisch, italienisch und romanisch, die friedlich miteinander wohnen und einträchtig am Gemeinsamen schaffen. Aus so unvergleichlich viel Zentrifugalem hat sich nicht unterm Willen einiger übermächtiger Zusammenschwinger, sondern bei weitestest Selbstbestimmung ein Ideal gebildet, ein Vaterland, das alle diese Widerstrebenden sich dulden und fürs Gemeinsame sich verbünden lehrt, eine Tatsache, die gerade uns Sozialdemokraten manche erfreuliche Lehre bietet.

Schon ein flüchtiger Gang durch die prächtig angelegte und in ihrem Neuhören allen nutzlosen Pomp vermeidende Ausstellung zeigt, daß zwar immer noch der Bauer die tonangebende Person im Lande ist, daß aber die rapid aufsteigende Industrie ihm laut dröhnend das Ende seiner Macht verkündet. Und noch weit deutlicher würde sich das zeigen, wenn nicht heute dank der Uebermacht der Bauern in den Parlamenten Bund und Kantone die Bauernsamen durch Riesensubventionen zu ungunsten der Industrie bevorzugten. Nicht zum wenigsten trägt dazu bei die geradezu vorbildliche Organisation der Bauern, die — bei nur 3½ Millionen Gesamtbevölkern! — 177 000 Mitglieder zählt, also fast alle Bauern des Landes, die mit ihren tätigen Angehörigen und Knechten usw. in gesamt 764 000 Personen umfassen. Dank dieser staatlichen und kantonalen Unterstützung war es z. B. den Bauern 1911 möglich, für 949 Millionen Francs aus ihren Ländereien herauszuholen, während noch 20 Jahre früher der Gesamtertrag kaum 620 Millionen betrug. Dank dieser Förderung durch den Staat kann sich's auch der Schweizer Bauer leisten, auf die schwerer zu bewerkende Arbeit des Körnerbaues, Kartoffelbaues, Hanfbaues usw. zu verzichten und sich fast ausschließlich auf die gut rentierende Rindviehmast, auf die Schweinezucht und vor allem auf die Milch- und Käseproduktion zu werfen. Riesige Tabellen im Pavillon der Landwirtschaft zeigen, daß z. B. die Bauern 1911 von den 949 Millionen allein 334 Millionen aus der Viehzucht zogen und nicht weniger als 365 Millionen aus den Molkereiprodukten! Dank ihrer Uebermacht bei der Subventionsgesetzgebung steigt die Verzinsung ihres Kapitals Jahr für Jahr um mindestens ½ bis 1 Prozent, und daß sie ihre Macht auszunutzen verstehen, zeigt jene Tabelle, woraus ersichtlich, daß sie den Milchpreis von 14,01 Francs (per 100 Kilogramm) im Jahre 1904 auf 19,92 im Jahre 1912 zu treiben verstanden. Ja noch mehr: Für die gleiche Menge landwirtschaftlicher Produkte, für die 1900 bis 1909 100 Francs bezahlt wurde, wurde gelöst im Jahre 1911 bereits 133,29 Francs! Und eine weitere Tabelle „Ergarnes totales par hectare“ zeigt gar an, daß die Gesamterparnis der Bauern von 49,35 Francs im Jahre 1901 auf 159,35 Francs im Jahre 1912 gestiegen ist! Ein geradezu klassischer Beweis vom Nutzen einer guten Organisation und der Ausnutzung politischer und wirtschaftlicher Macht!

Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Schweiz landwirtschaftliche Großbetriebe nicht kennt! Von allen landwirtschaftlichen Betrieben haben 83 Prozent weniger als zehn Hektar Fläche, nur 3 Prozent weisen mehr als 30 Hektar Oberfläche auf! Und selbst das sind keine Großgrundbesitzer, sondern bei den 30 Hektar großen Flächen handelt es sich meist um Weideland und Wald, die zudem vielfach im Besitze von Korporationen und Gemeinden sind. Deshalb ist auch der staatliche Schutz dieser Kleinbetriebe ein so ungemein großer. Er beruht auf einem Gesetz, nicht nur auf gelegentlichen Verordnungen, und sieht Usummen vor für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen, zur Förderung der Tierzucht, Verbesserung des Bodens, Maßnahmen gegen Schäden, welche die landwirtschaftliche Produktion bedrohen, Unterstützung landwirtschaftlicher Vereine und Genossenschaften, Subventionen für Statistiken, Enquêtes, Ausstellungen, Prämierungen usw. Allein die Entwicklung ist doch stärker: selbst die eifrigste staatliche Förderung hat es nicht verhindern können, daß z. B. der Weinbau unausgeseht zurückgeht: von 33 000 Hektar Areal auf 23 538 Hektar in nur 20 Jahren. Denn die Fabriken brauchen Platz und durch den Verkauf des Bodens läßt sich mehr verdienen als durch die mühselige Arbeit in den Wein-

bergen. Aber auch hier hat der Bauer seine Macht gezeigt: obwohl er weniger Wein produziert, sind seine Einnahmen aus dem Weinbau gestiegen, dank der furchtbaren Preistreibererlei infolge der rapid wachsenden Fremdenindustrie. Hier wie auf anderen Gebieten hat eben der Einheimische dieselben hohen Preise zu zahlen wie der Vergnügungsproh, der flüchtig durchs Land streift.

Trotz dieses Ueberwiegens des bäuerlichen Elements trägt aber selbst der Bauer zur Industrialisierung bei: Ländliche Arbeiter sind immer schwieriger zu erhalten; einmal, weil der Schweizer gern die schwere Arbeit den Italienern usw. überläßt, um selber Hotelportier, Eisenbahner, Postbeamter, überhaupt Angestellter zu werden, und zum andern, weil die Industrie der Städte massenhaft Arbeitskräfte absorbiert. Diese Verhältnisse haben wiederum der intensiven Maschinenarbeit in der Landwirtschaft die Wege geebnet, und wenn die Tabellen im großen Bauernpavillon nicht lügen, ist gerade der schweizerische Bauer in seinem Kleinbetriebe unter seinen europäischen Berufsgenossen am besten und reichlichsten mit Maschinen versehen. Er findet nämlich eine mächtige Hilfe in der Elektrizität, denn die Schweiz, die keine Kohlen hat, hat das Glück, zahlreiche Flüsse und Bäche mit großen Gefälle zu besitzen, so daß eine bedeutende Zahl an Wasserwerken und ein weltverbreitetes, bald in das letzte Dörfchen reichendes elektrisches Verteilungsnetz entstehen konnten, welche Umstände es auch dem Kleinbauer gestatten, seine Arbeiten mit Hilfe der elektrischen Energie besorgen zu lassen. In keinem anderen Lande ist die Kraftverteilung und die Möglichkeit, die Energie zu günstigen Bedingungen zu beziehen, so reich ausgebildet, wie in der Schweiz. Dagegen ist in bezug auf Düngemittel, Samereien, Futtermittel usw. der Schweizer Bauer wieder erheblicher auf Ausland angewiesen, von wo er jährlich für ca. 9 bis 10 Millionen Francs bezieht. Daß die Schweiz in bezug auf Lebensmittel überhaupt auf die Einfuhr angewiesen ist, sehen wir als bekannt voraus. Nur nebenhin sei bemerkt, daß 1912 für 629 Millionen Francs eingeführt wurden, während die Ausfuhr (meist Käse und Schokolade) nur 198 Millionen betrug.

Mit Riesenschritten geht nun dieses Bauernland seiner völligen Industrialisierung entgegen, und es ist kein Zufall, daß just die pompöse Maschinenhalle der interessanteste Teil der Ausstellung ist. Schon jetzt sind in den 200 617 industriellen Betrieben der Schweiz 716 986 Personen beschäftigt, d. i. 38,7 Prozent der Erwerbstätigen überhaupt. (Davon allein 210 000 in den Kantonen Zürich, St. Gallen und Bern.) Während noch 1850 50 Prozent der Bewohner ihren Unterhalt aus der Urproduktion gewannen, waren es 1870 nur noch 46 Prozent, 1900 nur noch 35 Prozent und 1910 33 Prozent. Dagegen zogen ihren Unterhalt aus der Industrie 1850: 40 Prozent, 1870: 39 Prozent, 1900: 44 Prozent, 1910: 47 Prozent. Wobei nicht vergessen werden darf, daß einer der wichtigsten Industriezweige des Landes, die Textilindustrie, durch den Raubbau mit den Arbeiterkräften mehr und mehr auf den Hund gebracht wird. Denn schon 1787 stand die Schweiz einmal an der Spitze der europäischen Baumwollindustrie und beschäftigte darin 150 000 Personen. Heute aber ist, wie man in der Textilhalle in verstedten Tabellen lesen kann, die Spindelzahl sogar noch um 10 Prozent kleiner als 1872 und die Zahl der Beschäftigten beträgt nur 420 720 Personen. Durch Degeneration der Arbeiter und Faulheit der Unternehmer in bezug auf das Verstehen der Zeichen der Zeit haben hier in gleicher Weise gesündigt, sonst wären aus den obigen 47 Prozent längst 50 geworden.

Die Unternehmer freilich sagen, daß die englische Konkurrenz das verursacht habe. Aber gerade damit, daß sie zugestehen, daß die englischen Fabrikanten bei weit höheren Löhnen besser fahren, stellen sie sich ja ein Armutszeugnis aus! Und nicht nur hier! In allen Pavillons sind es gerade diejenigen Firmen, die die schlechtesten Löhne zahlen und wegen jedes Nappes Zulage Streiks, Aussperrungen und damit Militäraufgebote provozieren, die am pompösesten ausgestellt, die Hunderttausende für Reklame usw. hergegeben haben. Sie laden mit luxuriösen Auslagen die Besucher herbei, prahlen mit ihren Erzeugnissen und liefern billiger als die Konkurrenz, weil sie ihre Arbeiter miserabel entlohnen!

Und wiederum sind es die Arbeiter solcher Firmen, die meist zu arm sind, die Ausstellung zu besuchen, die somit auch durch den Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit nicht aufgereizt werden...

In bezug auf Herstellung von Seide, Stickereien und Uhren steht die Schweiz ja mit an erster Stelle, und bei all diesen Produkten ist das Land auf die Ausfuhr angewiesen. England allein nimmt mehr als ein Drittel der Gesamtproduktion, die auf ca. 120 Millionen Francs gewertet wird, auf, d. h. nur die Produkte der Zürcher Seidenstoffwebereien! An der Spitze aller Schweizer Exportindustrien aber steht die Maschinenstickerei, namentlich die des St. Galler Landes. Im letzten Jahre wurden für nicht weniger denn 220 Millionen Francs Stickereien ausgeführt. Die Ausstellung zeigt deutlich, daß nicht Kunst der Mode oder Bodenständigkeit diesen Aufschwung herbeiführt, sondern die unaufhörlich verbesserte Technik, das große Anpassungsvermögen und die hervorragende Qualitätsarbeit. Man ersieht aus den Tabellen, daß z. B. alljährlich ca. 800 000 neue Muster kreiert werden — ein Beweis der glänzenden Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Was könnten diese erreichen, wenn sie endlich den Weg in die Organisation finden würden! (Damit sieht's aber sehr schlecht aus: der Schweizer Textilverband zählt kaum 6000 Mitglieder, während die Zahl der Beschäftigten allein in Fabriken 110 000 beträgt, die der Heimarbeiter noch mehr!)

Eine Ausstellung für sich bedeutet der prächtige Uhrenpavillon. Der zeigt in die Zukunft der Schweizer Industrie. Schon heute werden in dieser Industrie ca. 60 000 Uhrenarbeiter beschäftigt. Hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Personen nimmt sie unter den Schweizer Industrien den sechsten Rang, hinsichtlich der Zahl der Unternehmungen und des Wertes der ausgeführten Erzeugnisse den dritten Rang ein. Schweizer Uhren zeichnen sich in der Tat überall durch ihre Präzision und ihre künstlerische Ausstattung aus, die häufig aus der einfachen Uhr einen Schmuckgegenstand macht. Uhren werden fabriziert nicht nur mehr in Genf und Neuchâtel, son-

bern in dem ganzen Gebiet, welches sich zwischen Genf und Basel der französischen und deutschen Grenze entlang zieht, und außerdem Hölzer in Teilen der Kantone Fribourg, Schaffhausen, Tessin und Zürich. Mit der Entwicklung zur Großindustrie stieg der Export an Uhren in geradezu märchenhafter Weise: 1891 wurden zum Beispiel 1 347 316 Uhren im Werte von 103 397 053 Francs ausgeführt, 1901 schon 8 044 361 im Werte von 128 319 902 Francs, 1913 über bereits 18 Millionen im Werte von rund 183 Millionen Francs! Von der Wichtigkeit dieser Industrie wird man sich aber erst einen Begriff machen können, wenn man ihre Stellung im Uhrenhandel der Welt betrachtet. Unter allen übrigen Ländern, welche Uhren produzieren, sind Frankreich, Amerika und Deutschland die einzigen Staaten, die einen Teil dieser Fabrikationserzeugnisse ausführen; Deutschland führte 1909 z. B. nur für 3½ Millionen aus, Amerika für 6½ Millionen; die Schweiz liefert also der Welt mehr als 90 Prozent aller Uhren! Die von Geschlecht auf Geschlecht vererbte Geschicklichkeit der Hände und die ausgebildete Kunst der Dekoration erlaubt es den Händlern, die Wünsche einer Kundschaft aus allen Teilen der Erde befriedigen zu können. Die Arbeiter sind gerade hier dem Unternehmertum unentbehrlich und fast unerheblich — aber trotzdem müssen sie sich das Koalitionsrecht und Anerkennung ihrer Menschenwürde erst in heftigen Kämpfen erringen! — Die Zahl der Uhrenarbeiter ist seit 1882 von 8558 auf 36 500, also um über 312 Prozent gestiegen, die Zahl der Pferdekräfte gar um 918 Prozent. Und die Arbeitszeit beträgt immer noch zehn Stunden, weil kaum 15 000 Uhrenarbeiter organisiert sind. Der glänzende Aufschwung dieser Industrie geht durchweg auf Kosten der Arbeiter!

Eine große Zukunft hat auch die Schweizer Aluminiumindustrie. Zwar fehlt hier Rohmaterial, Bauxit, aus welchem die Tonerde gewonnen wird; allein dafür hat man mehr Elektrizität zur rationellen Durchführung des Prozesses. Die Jahresproduktion hat sich binnen zehn Jahren verzehnfacht und liefert bereits zwei Fünftel der europäischen Produktion, ein Fünftel der Weltproduktion! Neben dieser Industrie markiert dann die Maschinenindustrie, die in der Schweiz ungeheuer schnell aufsteigt. Ueber 70 000 Personen sind darin beschäftigt, obwohl sie doch ungemein jung ist. Allein von 1885 bis 1912 hat sich die Zahl der Arbeiter dieser Industrie verdreifacht! In derselben Zeit stieg die Ausfuhr von 19 auf 105½ Millionen Francs, hat sich also verfünffacht! Besser als alle anderen Abteilungen beweist die 15 000 Quadratmeter große Maschinenhalle, welchen Weg die Schweizer Entwicklung künftig nehmen wird. Quotikatio ist man bereits soweit vorgeschritten, daß die allerstärksten Dampfturbinen nicht mehr in England, sondern in der Schweiz, bis zu 30 000 HP., gebaut werden. Und die Zahl der in der Schweiz gefertigten Arbeitsmaschinen ist Legion. Inzwischen nimmt die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten ab. Wohnten 1880 erst 12 Prozent der Bevölkerung in Städten über 10 000 Einwohner, so 1912 bereits 28 Prozent. Das Stündlein der Bauernherrschaft hat bald geschlagen. R. A.

## Gerichtliches

— Und immer wieder Soldatenmißhandlungen. Der Hauptmann Kraft vom 65. Infanterie-Regiment stand vor dem Kölner Kriegsgericht unter der Anklage der Mißhandlung Untergebener. Das Gericht schloß auf Antrag des Vertreters der Anklage die Oeffentlichkeit aus militär-dienstlichen Interessen wegen Gefährdung der Disziplin aus. Trotzdem sicherte etwas von den Zeugenaussagen durch, wonach der Hauptmann diese ins Kreuz getreten, ins Gesicht geschlagen und gestoßen und gepufft haben soll. Der Strafantrag des Anklagevertreters lautete auf zwei Monate Festung, das Urteil auf 6 Wochen Stubenarrest. Derselbe Hauptmann Kraft ist erst vor wenigen Wochen wegen Mißhandlung Untergebener zu 12 Tagen Stubenarrest verurteilt worden.

— Ein gemeingefährlicher Verbandskassenmarder wurde am Mittwoch von der Nordhäuser Strafkammer durch die Verurteilung des Schornsteinmachers Rudolph Wegand aus Lipprechtsrode zu fünf Jahren Zuchthaus und 1300 Mark Geldstrafe unerschädlich gemacht. Der Gauner hat seine raffiniert angelegten Betrugsmanöver mit einer gefälschten Unfallrentenquittung, einem gefälschten Verbandsbuch der Bauarbeiter und mit Hilfe sonstiger Mittel ausgeführt und die Verbandskassen in Apolda, Döbeln, Bodum, Frankenhausen, Blanterburg, Lehrte, Osterwieck, Gernrode, Heringen, Königswusterhausen, Wittenwaide usw. um teils sehr erhebliche Beträge erleichtert. Am tollsten trieb es der Hahnke, der es auch besonders auf das Stehlen von Verbandsbüchern abgesehen hatte, in Heringen, wo er vom Verbandskassierer 6 Mark erschwandeste und durch Einbruch die Verbandskassette mit 260 Mark und ein Sparbüchlein über 150 Mark stahl. Im ganzen wurden ihm 34 Betrugs- und 4 Diebstahlsfälle zur Last gelegt. Während er im Gefängnis erst den wilden Mann zu markieren suchte, gab er in der Verhandlung, zu der über 50 Zeugen geladen waren, auf alle an ihn gerichteten Fragen einfach keine Antwort. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus, 1300 Mark Geldstrafe entl. weitere 100 Tage Zuchthaus.

— Ein vernünftiges Urteil. Drei Herren, die am 24. August v. Js. auf der Station Kulmbach in Bayern den D-Zug nach Hof bestiegen, mußten sich infolge der Ueberfüllung der Abteile in den Gängen aufhalten. Auch hier standen viele Leute, und die drei Herren wurden halb und halb in ein Kupee zweiter Klasse hineingeschoben. Ein Kontrolleur schrieb die Leute auf, weil sie mit Fahrkarten dritter Klasse in einem Abteil zweiter Klasse gewesen seien. Sie erhielten Strafbefehle, gegen die sie Einspruch erhoben. Das Schöffengericht sprach die drei Herren frei. Der Staatsanwalt legte Berufung ein. Die Strafkammer kam aber wieder zu einer Freisprechung mit der vernünftigen Begründung: Wenn die Bahnverwaltung Fahrkarten verkauft, so soll sie auch genügend Plätze für das Publikum zur Verfügung stellen und nicht mit Strafen vorgehen.

# Gewerkschaftliches

— **Ueber die wirtschaftlichen Kämpfe des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1913** wird in Nr. 25 der Metallarbeiter-Zeitung ausführlich berichtet. Danach wurden vom Verbands an 401 Orten 1246 Bewegungen aller Art geführt, die 7112 Betriebe mit 426 608 Beschäftigten (1912: 449 Orte, 1787 Bewegungen, 5878 Betriebe, 563 398 Beschäftigte) umfaßten. Direkt beteiligt an den Bewegungen waren 198 814 männliche und 10 170 weibliche Personen (1912: 307 667 Beteiligte). Von den 1246 Bewegungen waren 155 Angriffsstreiks, 186 Abwehrstreiks, Ausperrungen 37. Die Arbeitszeiteinstellung wurden geführt 666 Angriffs- und 202 Abwehrbewegungen. Wegen des Jahr 1912 war die Zahl der Bewegungen mit Arbeitszeiteinstellung verhältnismäßig höher. An 378 Streiks und Ausperrungen waren 70 157 Personen beteiligt, denen 868 Bewegungen ohne Arbeitszeiteinstellung mit 138 829 Beteiligten gegenüberstehen. Die Angriffsstreiks haben abgenommen (von 245 auf 155), die Zahl der daran Beteiligten ist jedoch gestiegen von 28 981 auf 49 345. Die Abwehrstreiks waren zahlreicher als 1912. Die Ausperrungen stiegen von 36 auf 37. Die Zahl der daran Beteiligten war 9253 gegen 28 108 im Jahre 1912.

Der Gesamterfolg der Kämpfe des Jahres 1913 war besser als sich nach der gesunkenen Geschäftslage erwarten ließ. Die Zahl der Beteiligten an den Bewegungen für Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit war zwar geringer als 1912, die 1913 erzielten Erfolge sind aber deswegen besonders wertvoll, weil die auf den einzelnen Beteiligten entfallende Verkürzung der Arbeitszeit in ihrer Dauer und die Lohnerhöhung in ihrem Betrag die früheren Jahre übertrafen. Die Arbeitszeiterkürzung betrug 1912 durchschnittlich 1,74 Stunden die Woche; 1913: 1,83 Stunden. Die Lohnerhöhung war 1912 durchschnittlich 1,40 Mark die Woche; 1913: 1,78 Mark. Die Arbeitszeit wurde für 56 163 Personen um zusammen 102 864 Stunden die Woche verkürzt. Erhöhungen des Verdienstes erzielten 58 219 Personen, für 52 363 von ihnen beträgt die Erhöhung zusammen wöchentlich 92 950 Mark. Bei 340 Bewegungen wurden für 44 719 Personen Tarifverträge abgeschlossen. Für 11 830 Personen wurde die Aufforderung geregelt, 13 451 Personen erhielten die Befreiung von Militärdiensten. Zuschläge für Leberstunden erhielten 16 354, für Nacht- und Sonntagsarbeit 15 822 Personen. Sonstige Verbesserungen wurden für 40 224 Personen erkämpft.

Die beabsichtigten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden für 14 156 Beteiligte abgewehrt. Soweit darüber Wertangaben gemacht wurden, beträgt die abgewehrte Lohnkürzung zusammen wöchentlich 14 858 Mark, durchschnittlich für den Einzelnen 3,88 Mark. Eine Verlängerung der Arbeitszeit wurde für 993 Beteiligte um 3628 Stunden die Woche abgewehrt. Gegen den Tarifbruch durch die Unternehmer wehrten sich mit Erfolg 1691 Beteiligte in 29 Fällen. Die Anfertigung von Streikarbeit wurde bei 5 Abwehrstreiks von 949 Streikenden zurückgewiesen. Bei 59 Bewegungen mußten die Unternehmer 141 Maßregelungen zurücknehmen. Aufforderung unter ungünstigen Bedingungen wurde in zwei Fällen für 53 Beteiligte abgewehrt. Gegen schlechte Behandlung wehrten sich 1914 Personen mit Erfolg und 22 802 wiesen sonstige Verschlechterungen zurück.

Der Verband war auch an 293 Streiks und Ausperrungen mit 1184 unterstützungsberechtigten Mitgliedern beteiligt, die von anderen Organisationen geführt wurden.

Die Kosten der Bewegungen aller Art betragen für die Hauptkassen und für die Ortskassen zusammen 4 778 579 Mark, im Durchschnitt auf den Kopf der durchschnittlichen Mitgliederzahl 8,58 Mark. Auf die einzelnen Arten der Kämpfe entfielen an Kosten: Angriffsstreiks 3 058 235 Mark, Abwehrstreiks 758 473 Mark, Ausperrungen 864 306 Mark, Bewegungen ohne Arbeitszeiteinstellung 5246 Mark. Im Durchschnitt wurde für ein streikendes oder ausgesperrtes Mitglied ausgegeben 39,65 Mark (1912: 18,84 Mark). Wie die Ausgaben für Unterstützungen, so heigten sich 1913 auch die Verluste an Arbeitslohn, die auf 8 305 874 Mark berechnet wurden. Diese Verluste konnten durch die Unterstützungen und die für 1913 entfallenden Lohnerhöhungen nicht voll ausgeglichen werden. Aber die Lohnerhöhungen gelten auch für mehrere Jahre und müssen ebenso wie die abgewehrten Verschlechterungen als Gewinn in die Rechnung eingestellt werden.

— **Die Tarifverträge im Deutschen Metallarbeiterverband.** Die Tarifbewegung macht auch in der Metallindustrie von Jahr zu Jahr Fortschritte. Nach dem Bericht des Verbandes bestand Ende 1912 teilschließlich der vom Schmiedeverband übernommenen 61 Tarife für 1498 Betriebe mit 4728 Personen) 1145 Tarife für 15 471 Betriebe mit 151 523 Personen. Von diesen Tarifen wurden 1913 nicht erneuert 104 für 542 Betriebe mit 10 615 Personen. Dafür wurden 1913 neu abgeschlossen 195 Tarife für 441 Betriebe mit 19 555 Personen. Ende 1913 waren danach in Geltung 1237 Tarife für 15 767 Betriebe mit 164 104 Personen. Zunahme gegen 1912: 91 Tarife für 296 Betriebe mit 12 581 Personen. Die meisten der 1913 neu abgeschlossenen, erneuerten oder verlängerten Tarife (255) sind das Ergebnis friedlicher Verhandlung. (279 Tarife für 4885 Betriebe mit 39 000 Personen.)

Unter den Tarifen befinden sich auch 232 Tarifordnungen, die sich auf 2259 Betriebe mit 23 645 Personen erstrecken.

Die Arbeitszeit wurde durch 1688 Tarife für 14 545 Betriebe mit 177 009 Personen geregelt. In 155 Tarifen für 922 Betriebe mit 17 395 Personen fehlen darüber nähere Angaben. Soweit die Arbeitszeit durch die Tarife festgelegt ist, beträgt sie täglich in 429 Betrieben mit 1472 Arbeitern 8 Stunden, in 177 Betrieben mit 2640 Arbeitern 8½ Stunden, in 25 Betrieben mit 407 Arbeitern 8¼ Stunden, in 6710 Betrieben mit 93 746 Arbeitern 9 Stunden, in 48 Betrieben mit 5035 Arbeitern 9¼ Stunden, in 5557 Betrieben mit 51 315 Arbeitern 9½ Stunden, in 426 Betrieben mit 3653 Arbeitern 9¾ Stunden, in 172 Betrieben mit 16 941 Arbeitern 10 Stunden.

Durch 1415 Tarife sind für 13 469 Betriebe mit 136 866 Personen Warte- oder Umstellungslöhne festgelegt. In 399 Tarifen ist der Stundenlohn bei Aufforderung festgesetzt. In 1684 Tarifen sind Bestimmungen über Zuschläge für Leberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit enthalten. Auch sonst sind in den Tarifen noch viele auf Verbesserung der Lohn- und Ar-

beitsverhältnisse gerichtete Bestimmungen enthalten, auf die hier nicht eingegangen werden kann.

Dauer und Ende der Tarife ist in 990 Fällen genau bestimmt, in den übrigen fehlen darüber Vereinbarungen. Ueber Ferien enthalten 77 Tarife für 306 Betriebe mit 8319 Personen Bestimmungen.

Trotz aller Hindernisse hat sich der Tarifgedanke, wie die mitgeteilten Zahlen beweisen, in der Metallindustrie schon ein ziemlich weites Gebiet erobert. Den bisherigen Erfolgen werden sich weitere anreihen, wenn die Mitglieder des Verbandes eifrig für die Stärkung des Verbandes wirken.

— **Vom Schutz der Arbeitswilligen.** Vor den Dortmund-Gerichten kommen jetzt die Streikführer vom Transportarbeiterstreik im Mai d. Js. zur Aburteilung. Die Dortmund-Gerichtsstelle ist ja seit dem Bergarbeiterstreik sehr bekannt geworden, und sie bewährt sich auch jetzt wieder als durchaus zuverlässige Schlichterin der Arbeitswilligen. Ein Beispiel: Der Arbeiter F. D. hatte am 9. Mai dem arbeitswilligen Fuhrmann Hofmann, der einen Sack Kartoffeln transportierte und zu seinem Schutze einen Schuttmann zur Seite hatte, zugerufen: „Wart!, Fränzgen, wir laßt us nicht!“. Den Schuttmann hatte er außerdem Hungerleider genannt. Der Auftragsvertreter, ein junger Affessor, beantragte 1 Jahr Gefängnis und 60 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte „nur“ auf sechs Wochen Gefängnis und die beantragte Geldstrafe.

— **Die Konkurrenzklause für Puhfrauen.** In der Zeitschrift Der Arbeitsnachweis in Deutschland findet sich in Nr. 9 vom 15. Juni folgende Notiz:

„Nach einem uns vorliegenden Revers läßt sich eine Münchener Reinigungsanstalt einen Revers von ihren für Treppenspuer und sonstige Reinigungsarbeiten angestellten Frauen unterschreiben, nach dem sie sich verpflichten müssen, drei Monate nach ihrem Austritt aus der Anstalt nicht als Stiegenpuerin oder Putzerin auf eigene Rechnung zu arbeiten und für jeden Fall der Zuwiderhandlung 100 Mark Vertragsstrafe zu zahlen.“

Wie man sieht, nimmt die Anwendbarkeit der Konkurrenzklause noch andauernd zu. Kann man den Unternehmern verdenken, wenn sie dieses bequeme Mittel, sich billiges Personal zu erhalten, anwenden, wo es nur denkbar erscheint? Jetzt, nachdem den Handlungsgehilfen im Falle der Uebertretung solcher Klauseln sogar Geld- und Haftstrafen drohen, wird dieses Mittel noch besser wirken wie früher. Wenn in einem und dem anderen Falle solche Klausel als den guten Sitten widersprechend für ungültig erklärt wird, so genügt das noch nicht, um die Schäden aufzuwiegen, die daraus entstehen, daß Tausende von Arbeitern und Angestellten in Unkenntnis ihrer Rechte auch wirklich unbillige Klauseln für bindend erachten. Diesen Zustand kann nur dadurch ein Ende bereitet werden, daß die Konkurrenzklause generell für alle Arbeitnehmer verboten wird.

— **Internationales Sekretariat für die Arbeiter öffentlicher Betriebe.** Die Arbeiter öffentlicher Betriebe haben ihre seit dem Jahre 1907 bestehende internationale Verbindung zweckentsprechend ausgebaut und jetzt ein selbständiges Sekretariat geschaffen, sowie die Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden Bulletin beschlossen. Zur Kostendeckung werden pro Mitglied und Jahre 12 Pfennig erhoben. Bisher wurden die Geschäfte vom deutschen Verbandsvorsitzenden nebenamtlich bei Stellung erforderlicher Hilfskräfte erledigt. Nunmehr hat der frühere Vorsitzende des deutschen Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Mohs, das Amt als Sekretär der Internationalen übernommen. Das Bureau befindet sich Berlin SW. 47, Yorkstraße 66, 1 Tr.

## Aus der Partei

— **Soldatenmißhandlungen durch einen Sozialdemokraten.** Unter dieser sensationellen Ueberschrift macht folgende Notiz der Koburger Zeitung die Runde durch die bürgerliche Presse:

„Ein Gefreiter im 71. Infanterieregiment in Erfurt wurde vor einiger Zeit wegen Soldatenmißhandlungen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dieser Gefreite ist jetzt ein Führer der Koburger Sozialdemokratie und gehört der Preßkommission des dortigen Parteiblattes an.“

Gierig schnappen die reaktionären Blätter nach diesem fetten Bißchen: ein sozialdemokratischer Soldatenschänder! Und die hohe Strafe! Wie sehr grobe Mißhandlungen. Und das alles jetzt („vor einiger Zeit“), wo die Sozialdemokraten eben einen besonders heiligen Feldzug gegen die Soldatenmißhandlungen führen und Jungen aufbieten, um dem Kriegsminister solche Soldatenmißhandlungen nachzuweisen! Ein sozialdemokratischer Soldatenschänder. Endlich mal einer. Ah, das tut wohl! — Man könnte fast Mitleid mit dem reaktionären Presse-trag haben, daß seine Freude so rasch zerstört wird, denn der „sozialdemokratische“ Soldatenschänder ist Schwindel. Auf unsere Anfrage in Koburg wird uns mitgeteilt:

Die Notiz der Koburger Zeitung bezieht sich auf den Stadverordneten Kirchner in Neustadt bei Koburg. Die Tatsache seiner Verurteilung ist richtig, aber der Fall liegt sieben und zwanzig Jahre zurück. („Vor einiger Zeit“, sagt die Koburger Zeitung.) Kirchner hatte die Unteroffizierschule besucht und war eben als 19-jähriger Gefreiter in die Truppe eingetreten, als er sich der Mißhandlung schuldig machte. Nach Verbüßung seiner Strafe schied er aus dem Militärdienst aus und muß im Zivilleben bald ein tüchtiger Mensch geworden sein, denn seit 17 Jahren ist er ein Stadverordneter in Neustadt.“

So der Sachverhalt! Was bleibt nun an dem „sozialdemokratischen“ Soldatenschänder? Will man etwa behaupten, daß der 19-jährige Gefreite, der die mindestens dreijährige Zucht und Ausbildung der Unteroffizierschule hinter sich hatte, sei Sozialdemokrat gewesen? Die Soldatenmißhandlung des neunzehnjährigen Gefreiten Kirchner, gemüßigt aus seinem damaligen Milieu heraus, gestaltet sich ganz im Gegenteil zu einer scharfen Anklage gegen das ganze militärische Erziehungssystem.

Als der Mann dem Militarismus den Rücken gekehrt, ward er Sozialdemokrat und so tüchtig, daß ihm das allgemeine Vertrauen der Mitbürger in ein öffentliches Amt berief. Für seine Person hat er die in der Gefreitenuniform und Gefreitenstellung begangene Tat gebüßt — von Rechts wegen. Die Soldatenmißhandlungen aber sind geblieben, denn im System des Militarismus hat sich in den 27 Jahren nichts Wesentliches verändert. So lange dieses System besteht, werden auch die Soldatenmißhandlungen nicht aussterben.

— **Preßprozeß.** Wegen Beleidigung der Zeiger Stadtverordneten wurde der Genosse Blechschmidt vom Zeiger Volksboten zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Zeiger Volksboten war kritisiert worden, daß die Stadtverordneten einen jährlichen Zuschuß für ein von einem Fabrikanten gestiftetes nationales Jugendheim bewilligten. Die Staatsanwaltschaft lehnte ab, Offizialklage zu erheben; die Zeiger Stadtväter beschritten dann den Weg der Privatklage mit dem oben genannten Erfolg. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

## Kleines Feuilleton

**Volksmund.** Wir entnehmen das Folgende dem prächtigen Buche Der Volksmund. Sprichwörtliche Redensarten gesammelt von Edmund Hoefler. Neuausgabe. J. C. C. Brunns Verlag, Minden i. W. 1914. Mit Bilderschmuck und Worterklärungen. 202 Seiten.

Heut haben wir schön gespielt! sagt der Baigtreter zum Organisten.

Fett schwimmt oben! sagte Barici, da lebte er noch. Der Geschicktest! gibt nach. Ochs, gib du nach, hat der Bauer zu sein'm Ochsen g'sait. Der Towal ist gut, sagte der Bauer; wo is der Dred her? Die Arbeit ist kein Frosch; sie hüpfst uns nicht davon. Ein Kummer jagt den anderen, sagte die Frau; gestern starb mir der Bauer und heute verlor ich die Kadel. Hüte dich vor dem Tier, das Böpie hat, sagte jener gute Freund.

Ich glaube, ich werde hier ein wenig bleiben, sagte der Fuchs, da sah ihm der Schwanz in der Falle.

Häutchen, wie jinnst du, aber Gekähen, wie kinnst du, sagen die Gerber.

Man soll mir aber den Kittel lassen, sagte jener zum Henter, die Nächte sind kalt.

Ich strafe mein Weib nur mit guten Worten! sagte jener. Da warf er der Frau die Bibel an den Kopf.

I wollt, i wär daham, sagte der Jude, als man ihn hängte.

Bermwärts wie ich! sagte der Krebs.

Ja, wenn wir nich wieren! säd de Latern ton Mand, döi ging se ut.

Spaß mot sön, säd Liedte, als em seß Bactähne önge-schlagen wurden.

Ich hoa wul schuen a Kind gehobt, oamer a ganz num-gern kenes, sagte die Magd zum Pfarrer, als er sie fragte, ob sie noch Jungfer sei.

Die Welt will betrogen sein, sagte der Mönch, darumb bli-ich hie.

Alle Frachten lichten! sagte der Schiffer und warf seine Frau über Bord.

Wie man's macht, so ist's, hat der Schneider g'sagt, da hat er's Hofentürlein hinten gemacht.

Das läßt sich hören, sagte der Taube, da kriegte er eine Ohrfeige.

Meine Werke folgen mir nach! sagte der Töpfer und fiel mit dem Ofen um.

# LUDA

**hochfeine**

## 2

**Pfg.**

### Cigarette

Specialmarken:

#### Salem Aleikum

#### Salem Gold

*Echt mit Firma:*

Orient-Tabak-u. Cigarettenfabrik  
Yenidze, Inhaber Hugo Ziefz, Dresden

### Trusifrei!

## Spanien

— **Landarbeiterstreik in Andalusien.** Wie aus Madrid gemeldet wird, nimmt der Ausstand der landwirtschaftlichen Arbeiter in Andalusien einen sehr bedenklichen Umfang an. Zahlreiche Dörfer bitten die Behörden, Truppen zum „Schuß“ zu entsenden. Gegen die Streikenden läßt man also Militär aufmarschieren, anstatt ihre Forderungen zu bewilligen. Es ist überall das gleiche Bild.

## Stalten

— **Die Obstruktion in der italienischen Kammer.** Die Sitzung der Kammer am Freitag dauerte von 10 Uhr vormittags bis 1,45 Uhr nachmittags und 3 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends. Die Sozialisten setzten die Obstruktion gegen die Steuermaßnahmen fort. Es erfolgte kein Zwischenfall.

## Albanien

— **Der Ausstand in Albanien.** Die Meldung, daß Brent Bib Doda gefangen genommen und gegen Ehrenwort freigelassen worden sei, wird als unwahr bezeichnet. Der Waffenstillstand ist verlängert worden. Inzwischen gehen aus dem Süden ungünstige Nachrichten ein. Die ersten zweihundert Freiwilligen für Albanien, deren Zahl auf etwa 1400 angewachsen war, schiffen sich am Sonntag oder Montag nach Durazzo ein. Alsdann soll die Hauptmasse in mehreren Transporten nachfolgen. Eine Anzahl zur Führung des Freiwilligenkorps bestimmter Offiziere stellte in einer gemeinsamen Besprechung fest, daß das Korps weder eine Söldnertruppe noch eine Mannschaft sei, die ein fremdes Volk zu bekriegen gedenke, sondern eine Freischar, bereit, den Fürsten in der ihm von der zivilisierten Welt übertragenen Aufgabe zu unterstützen. Wie die Neue Freie Presse meldet, wird die österreichisch-ungarische Regierung auf Ersuchen Albanien ein Kriegsschiff zum Schutz des Lebens und Eigentums der fremden Staatsangehörigen nach Balona entsenden. Auch Italien werde ein Kriegsschiff nach Balona schicken.

## China

— **Militärrevolte in China.** Ueber 5000 Mann der ersten Division, einer früher ganz aus Mandchus bestehenden Elitetruppe, brandschatzten die Stadt Kalgan und schändeten Frauen. Der Stadtteil beim Bahnhof blieb von der Revolte verschont. Er war von 400 Mann loyaler Truppen besetzt. Beim Morgengrauen zogen die Plünderer über den Gebirgspass und die Grenzmauer der Mongolei zu. Truppen von Schansi, die Anfang des Monats in Baotou (Mongolei) meuterten und plünderten, suchen am Hoangho, westlich der Schansigrenze, Verbindung mit dem „Weißen Wolf“ herzustellen. Die Bevölkerung des nördlichen mongolischen Teils von Schansi ist in großer Aufregung, da ähnliche Ausbreitungen befürchtet werden. Banden vom „Weißen Wolf“ trafen in Lungchuchai im Südosten von Schansi, nahe der Grenze nach Honan, ein. General Kiang Kufit wurde zur Inspektion der Regierungstruppen nach Kaifoengsu geschickt. Das Schanghaier Arsenal sandte erhebliche Mengen Waffen und Munition nach Peking für eine Expedition gegen den „Weißen Wolf“. Kalgan liegt in der Provinz Peshili, etwa 170 Kilometer nordwestlich von Peking an der Straße Peking-Niacht und ist mit der Hauptstadt durch eine Eisenbahn verbunden. Die Stadt zählt etwa 700 000 chinesische Einwohner.

## Danziger Nachrichten

Johannes Steppuhn †

Nun ist auch er, der so unverwundlich und lebensfreudig schien, gestorben. Nach kaum dreitägiger Krankheit starb er plötzlich, 64 Jahre alt, am 27. Juni am frühen Morgen. Steppuhn, der Inhaber des Bürgergartens in Schidlitz, war in Danzig sehr populär und allgemein als *Wirt der Sozialdemokratie* bekannt. Diesen Ehrentitel hat Steppuhn mit Recht verdient. Er war nicht unser Parteigenosse. Um so höher ist es ihm anzurechnen, daß er als politisch liberaler Mann den schmählichen freisinnigen Saalbonkott gegen die Arbeiterpartei sprengte. Wäre Steppuhn nicht gewesen, so wäre es vielleicht sehr zweifelhaft, ob die Sozialdemokratie heute schon in dem „freisinnigen Ballwert“ Danzigs eine Stätte für ihre Versammlungen hätte. Steppuhn bot aber der verfolgten Partei nicht erst in ihrer fortgeschrittenen Macht in seinem Bürgergarten Heimatrecht. Er warf sich dem freisinnigen Bonkott schon vor beinahe zwei Jahrzehnten entgegen, als geschäftliche Vorteile noch ganz und gar nicht winkten. Fast 20 Jahre lang dient der Bürgergarten der modernen Arbeiterbewegung als einziges größeres Versammlungslokal. Hier haben sich nach dem Sozialistengesetz ihre historischen Ereignisse abgespielt. Er ist zu einem Stück der Geschichte der Partei- und Gewerkschaftsbewegung, und zu einem Beweise für die brutale Unterdrückungsfucht des Münsterberg-Freisinns geworden. Das er dazu werden konnte, ist das Verdienst Steppuhns. Deshalb legen auch wir dem Toten einen Kranz ehrenden Andenkens aufs Grab.

## Ein Sommermorgen.

Es ist vier Uhr morgens. Mutter Sonne erhebt sich am Firmamente und küßt mit ihren ersten Strahlen die im vollen Pflanzenschmuck prangende Erde. Hoch oben in der Luft entbietet trillernd eine Lerche dem jungen Tag ihren Gruß. Auch dort im blühenden Hollunderstrauch beginnen sich befiederte Sänger zu regen und schmettern ihre Nidchen in die Morgenluft. Noch scheint alles Leben in den Straßen und Gassen Danzigs wie ausgestorben. Doch nicht lange mehr, und die ersten Pulsschläge des Großstadverkehrs sind wahrnehmbar. Ueber das Pflaster rassel ein Wagen. Es ist das Gefährt eines Landmanns, der schon früh am Morgen Produkte des Bodens nach der Stadt transportiert. Dort eilt eine Frau mit einem Tragkorb von Haustür zu Haustür. Sie trägt Brötchen nach der Kundschaft ihres Auftraggebers, eines Bäckermeisters. Ihr von der körperlichen Anstrengung gerötetes Antlitz bezeugt uns, daß ihre Tätigkeit recht mühevoll ist.

Nun beginnt es auf den Straßen allmählich lebendig zu werden. Daffurwerke bewegen sich nach dem Südwesten der Stadt zu. Es ist das alltägliche Bild. Müde und abgespant, schon am frühen Morgen, hocken abgerackerte Proletariergestalten auf dem Wagen. Sie lenken die Geschirre nach den Kiesgruben bei Wonneberg, um von dort Sand nach den Baustellen im Innern der Stadt zu fahren. Lange Arbeitszeit und niedriger Lohn — mit diesen Worten wäre die Lage der Danziger Kutscher kurz, aber treffend charakterisiert. Nun beginnen auch die Fabriken ihre Tore zu öffnen. Auch die Tätigkeit auf den Bauten wird aufgenommen. Zu Tausenden strömen die Arbeiter und Arbeiterinnen nach allen Richtungen der Stadt. Bei vielen ist eine nervöse Hast wahrnehmbar. Das ist eine Folgeerscheinung des raffiniert ausgestalteten Akkordsystems, das den Arbeiter zu körperlicher Ueberanstrengung aufreizt. Abgesehen von den Redereien einiger Jugendlichen ist unter diesen Menschenmassen, die eben im Begriff stehen, sich erneut in den Dienst des Kapitals zu stellen, überall ein tiefer Ernst wahrnehmbar. Die Form im kapitalistischen Joch ist nicht dazu angehen, Erheiterung zu wecken. Sie gestattet noch nicht einmal die Freude an der eigenen Arbeit.

Mittlerweile bietet die Straße ein anderes Bild. Der Menschenstrom ist einstweilen etwas verengt, die Fabrikttore sind geschlossen. Nun werden die Verkaufsläden geöffnet, und das Ladenproletariat geht seiner gewohnten eintönigen Beschäftigung nach. Die elektrische Straßenbahn hat ihren Betrieb aufgenommen. Lastfuhrwerke ähzen über das Pflaster. Ueberall herrscht ein buntbewegtes Leben, denn der Kampf ums Dasein ist auf der ganzen Linie entbrannt. Und über das alles beginnt sich allmählich die drückende Schwüle eines heißen Sommertages auszubreiten.

## Die Fleischermeister gegen Tarifverträge.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Fleischergewerbe hielt in Danzig seine Generalversammlung ab. Zur Erledigung ihrer Geschäfte brauchte die „Generalversammlung“



steht vor der Tür. Unsere Postabonnenten dürfen nicht vergessen, die **Post** sofort zu bestellen und auch Freunde und Kollegen dafür aufzufordern.

1 1/2 Stunden. Während dieser Zeit haben die anwesenden Fleischermeister ihren Herzen durch Schimpfen auf den Zentralverband der Fleischer, dessen Streiks und Tarifbewegungen, sowie auf die Boykotts Luft gemacht. Die Boykotts liegen den Jungmeistern besonders schwer im Magen. Dem Schutzverband gehören 776 Mitglieder, die 2293 Gesellen beschäftigen, an. Es sind also vorwiegend größere Betriebe, die kleinen scheinen auf diesen sehr lastspieligen „Schutz“-Verband zu verzichten. Wenn man die Zahl der Fleischermeister in Betracht zieht, so ist die Mitgliederzahl sehr minimal (allein der Deutsche Fleischer-(Meister-)Verband hat über 45 000 Mitglieder). Das Vermögen betrug am Jahresabschluss 35 605 Mark. Den gelben Vereinen könnte wegen ihrer geringen Mitgliederzahl eine besondere Vergünstigung nicht gewährt werden. Mit den Verbänden vertritt man soll überhaupt nicht oder nur in Zeugeneigenschaft verhandelt werden. Gegen die Tarifverträge wurde scharf gemacht, sie paßten nicht für das Fleischergewerbe. Die Folge des Zentralverbandes, der schon manchen zum Tarifabschluß gezwungen, machten den Herren viel Kopfzerbrechen. Einer erklärte, „da die Regierung es nicht für notwendig befunden hat, einen Normalarbeitsvertrag im Fleischergewerbe einzuführen, werden wir freiwillig auch keine Verbesserungen gewahren.“ Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung weist auf die Gefahren hin, die durch den Abschluß von Tarifverträgen für die Betriebsführung des einzelnen und die Innungseinrichtungen entstehen. Sie warnt auf das eindringlichste davor, in besonderen im Hinblick auf die Zukunft und die Prosperität des Gewerkes und Gesellen.“

Diese Versammlung hat wieder einmal bewiesen, daß alles Gerede von gutem Einvernehmen nur Schaumflügelerei ist, um die Gesellen von der Organisation abzuhalten. Wollen die Gesellen bessere Verhältnisse, so dürfen sie sich nicht auf die Meister verlassen, sondern müssen Mitglied des Zentralverbandes der Fleischer werden.

## Sie bitten!

In der bürgerlichen Presse Danzigs finden wir folgendes de- und wehmütige Gewimmer:

### Bitte um Urlaub!

Wie alljährlich, so richten wir auch dieses Jahr wieder an die Prinzipalität und an die in maßgebenden Stellungen befindlichen Mitglieder unseres Vereines die Bitte, den von ihnen abhängigen Angestellten einen ausreichenden Erholungsurlaub zu gewähren. Es ist wohl kaum nötig, noch eingehend zu erläutern, welchen Nutzen nicht nur der Angestellte vor einer alljährigen Ausspannung hat, sondern welche Vorteile auch dem Geschäftselbst durch ein frisches und arbeitsfreudiges Personal erwachsen. Die Tatsache, daß immer mehr Firmen dazu übergehen, einen regelmäßigen Urlaub einzuführen, spricht schon genügend für den Nutzen dieser Einrichtung.

Besonderen Wert legen wir noch auf den Hinweis, daß es nicht genügt, das Personal auf einige Zeit zu beurlauben, sondern daß es auch erforderlich ist, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß der Urlaub außerhalb des Wohnortes verbracht wird. Nur wenn Geist und Körper in eine ganz andere Umgebung verpflanzt werden, zeigen sich die gegenwärtigen Folgen der Ausspannung. Wir empfehlen daher den Firmen, dem Beispiele jener Häuser zu folgen, welche Kesselparkassen eingerichtet haben, zu denen sie beim Antritt desurlaubes einen Zuschuß leisten, oder welche durch Zahlung einer Nach dem Dienstatte abgestuften Vergütung die Ausführung einer Reise ermöglichen. Wird der Urlaub in einem gemäßigten Erholungsheim verbracht, so sind die Aufwendungen dafür nur geringfügig.

Diesem Geschäft, welche im Sommer ihre Saison haben und deshalb das Personal in dieser Jahreszeit nur schwer glauben entbehren zu können, bitten wir, den Angestellten einen entsprechenden Urlaub im Winterhalbjahr zu gewähren. Die besonders günstigen Einwirkungen einer winterlichen Erholungsreise auf die Gesundheit der geistigen Arbeiter werden bekanntlich von den ärztlichen Kreisen mehr und mehr betont.

Verein für Handlungscommiss von 1856.  
(Kaufmännischer Verein) in Hamburg.  
Bezirk Danzig.

Wie wenig die Handlungsgehilfen von ihrer Harmonie mit der „Prinzipalität“ (übrigens ein feines Wort!) profitieren, zeigt die Tatsache, daß dieser öffentliche Wetzelgang nötig ist. Aber sie bitten alljährlich weiter, die Herren Handlungscommiss, in der ganzen Welt gefestigt jeder zu seinesgleichen. Der Junter zum Junter, der Unternehmer zum Unternehmer und der Arbeiter zum Arbeiter. Nur im Kaufmannsberuf wollen die Siechtragenproletarier nicht begreifen, was schon die alte Jesus Sirach erkannte: daß der irdene Topf nicht zum eisernen paßt, und daß er zerbrechen muß, wenn sie aneinander stoßen. Sie bitten. . .

## Vom Fingernagel.

Ich habe einen Freund, der die Menschen nur nach dem Aussehen ihrer Fingernägel beurteilt. Noch nie, so behauptet er wenigstens, hat ihn dieser Gradmesser der Bildung und des Charakters betrogen. Mag dem sein, wie ihm wolle, jedenfalls mußte ich ihm recht geben, wenn er seinen Kindern gegenüber in diesem Punkte unerbittlich streng war. Was finden sich da nicht für gefährliche Gesellen unter dem Schmutz, der sich als „Trauerbrand“ unter den Nagel schiebt. Bei einer wissenschaftlichen Untersuchung konnte man unter 100 Kindern nicht weniger als 21 feststellen, die mit gefährlichen Tuberkelbazillen behaftet waren. Bedenkt man nun, wie häufig kleine Kinder an den Fingern lutschen, dann versteht man, welche ungeheure Gefahr für die Gesundheit hier Unreinlichkeit und Unachtsamkeit bildet. Wenig bekannt ist übrigens, daß sich in dem Wachstum der Nägel das Befinden des Körpers ebenso getreu widerspiegelt, wie die wechselnde Witterung aus den Jahresringen der Bäume festgestellt werden kann. Gesundheitsstörungen und Störungen in der Gesamtentwicklung wirken derart auf die Fingernägel, daß querlaufende Verdickungen entstehen. Der Nagel wird rauh wie die Außenfläche von Muscheln.

## Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.

Nr. 25. Woche vom 14. Juni bis 20. Juni 1914

### 1. Geburten der Vorwoche:

	lebend	tot	überh.
männlich . . . . .	51	3	52
weiblich . . . . .	54	3	57
zusammen	105	4	109
darunter uneheliche . . . . .	21	1	22
4 Fälle mit Mehrgewurten	7	1	8

Die unehelichen Geburten sind 20,2% der Gesamtzahl.  
Die Totgeburten 13,7% der Gesamtzahl.

### 2. Zahl der Eheschließungen: 23.

### 3. Sterbefälle (ohne Totgeburten):

	geboren	hacem
1. Kindstiftfieber . . . . .	—	—
2. Scharlach . . . . .	1	—
3. Masern und Röteln . . . . .	1	—
4. Diphtherie und Krupp . . . . .	—	—
5. Keuchhusten . . . . .	—	—
6. Typhus . . . . .	—	—
7. Tuberkulose . . . . .	6	—
7 a. Krebs . . . . .	7	—
8. Krankheiten der Atmungsorgane (auschl. 4, 5, 7)	5	4
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall . . . . .	1	1
10. Gewalttätiger Tod . . . . .	2	—
11. Alle übrigen Todesursachen . . . . .	33	11
zusammen	56	17
darunter: männlich	27	9
weiblich	29	8

4. Meldungen von Infektionskrankheiten: Eingeklammete Zahlen bedeuten außerhalb Danzigs erkrankt und nach Danzig überführt. Scharlach 20 (—), Diphtherie und Krupp 3 (1), Unterleibstypus —, Kindstiftfieber —, Granulose 1 (—).

5. Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1619, davon aus Rußland 73, Deutschland 14, Schweden 3, Amerika 3, Dänemark 2, Rumänien 2, Frankreich 1.

### 6. Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:

	männl.	weibl.	überh.	barriere	einzel-
Umgezogene innerhalb der Stadt	321	324	645	158	159
Zugezogene von auswärts . . . . .	261	140	401	209	93
Fortgezogene nach auswärts . . . . .	247	197	444	107	134

### 7. Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet

betrug die Zahl der Geborenen einschl. Totgeburt, 28,9 (Vorwoche 27,9) betrug die Zahl der Sterbefälle einschl. Totgeburt, 15,9 (Vorwoche 18,9) betrug die Zahl der Eheschließungen 6,1 (Vorwoche 3,2).

## Aus aller Welt

— **Feuer in der Ausstellung.** In der Ehrenter Internationalen Ausstellung des Städtebaus brach gestern im Pavillon für Bergbau ein Brand aus, wobei das Gebäude vollständig eingeschmelt wurde.

— **Dampfer in Gefahr.** Die Lage des unweit der Scilly-Inseln aufgelaufenen Dampfers „Gothland“ ist infolge des starken Wellenganges sehr kritisch, der Rest der Besatzung wurde in der letzten Nacht an Land gebracht. Es besteht nur sehr wenig Aussicht, den Dampfer wieder flott zu machen.

— **Fliegertod.** Auf dem Weher Flugplatz stürzte Freitag früh der Flieger Musikant Brunow von der Fliegerabteilung, der bereits zwei gelungene Flüge unternommen hatte, bei dem dritten Flüge aus 40 Meter ab und wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

— **Tödlicher Automobilunfall.** Freitag nachmittag geriet das Automobil des praktischen Arztes Dr. Hildbrenner aus Vorgetsch zwischen Posttrup und Lüstringen in die Gleise eines in der Nähe liegenden Kalkwerkes. Dabei stürzte der Kalkwagen um und Dr. Hildbrenner kam unter den Wagen zu liegen. Er wurde getötet. Das Automobil ist stark beschädigt.

— **Dom Blich erschlagen.** In Algier (Tunisie) wurden fünf Winger, welche während eines Gewitters in eine Hütte flüchteten, vom Blich getroffen. Einer wurde getötet, die anderen schwer verletzt.

— **Splionage.** Nach Angabe eines Essener Blattes soll der Vorzeichner Wiederhold verhaftet worden sein, weil er Staatsgeheimnisse an eine auswärtige Macht, wie es heißt, an Frankreich, verraten haben soll.

— **Feuer im Schiff!** Freitag abend brach in Portland auf dem leichten Kreuzer „Active“ der vierten Flottille im dritten Feuerungsraum Feuer aus. Der Brand ist wahrscheinlich durch Bruch eines Verteilungsrohres während eines Versuches entstanden; er wurde in einer halben Stunde gelöscht.

## Neueste Nachrichten

### Ein Attentat

Sarajewo, 28. Juni. Als der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, sich heute vormittag zum Empfang ins Rathaus begab, wurde gegen das Automobil eine Bombe geschleudert, die der Erzherzog mit dem Arme zurückstieß. Die Bombe explo-

dierte, nachdem das erzherzogliche Automobil die Stelle passiert hatte. Die in einem nachfolgenden Automobil befindlichen beiden Herren, Graf Boos-Waldeck und der Flügeladjutant des Landeshef Oberstleutnant Merz, wurden leicht verletzt. Aus dem Publikum wurden sechs Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Der Attentäter ist ein Typograph aus Terebinje namens Gavrilo. Er wurde festgenommen. Nach dem festlichen Empfang im Rathaus schied der Thronfolger mit seiner Gemahlin die Rundfahrt fort. Ein Gymnasiast der achten Klasse namens Prinz aus Grahovo feuerte aus einer Browningpistole mehrere Schüsse auf das erzherzogliche Automobil ab. Der Thronfolger wurde im Gesicht, die Herzogin von Hohenberg durch einen Schuß in den Unterleib verletzt. Erzherzog Franz Ferdinand und die Frau Herzogin wurden in den Konat überführt und sind dort ihren Verletzungen erlegen. Auch der zweite Attentäter wurde verhaftet.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlich für die Rubriken „Danziger Nachrichten“ und „Aus Westpreußen“ Anton Fölsch-Danzig, für den übrigen Inhalt des Blattes Hans Wittwisch-Königsberg i. Pr., für Inserate Franz Unterholt-Danzig. Verlag Volkswacht S. Gehl u. Co.-Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

## Statt besonderer Meldung

Sonnabend früh entschlief sanft nach dreitägigem Krankenlager mein lieber Mann, Bruder und Schwager,

der Restaurateur

# Johannes Steppuhn

im 64. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bittet

Danzig-Schidlich, den 27. Juni 1914

Marta Steppuhn

geb. Lehmann. 1821

Die Beerdigung findet am Dienstag-Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Katharinen-Kirchhofs aus statt.

## Todesanzeige.

Am Sonnabend-Morgen starb unser langjähriger Lokalwirt, der Restaurateur 1822

# Johannes Steppuhn

im 64. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Wir ehren in dem Verstorbenen einen Mann mit wirklich liberaler Anschauung, der ohne Ansehen der Partei, jederzeit sein Lokal zur Verfügung stellte.

Das Kartell der freien Gewerkschaften Danzigs.

Die Beerdigung findet Dienstag-Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Katharinen-Kirchhofs aus statt.

## Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

### Nachruf.

Am Sonnabend den 27. Juni verstarb nach kurzem Krankenlager der Restaurateur

# Herr Joh. Steppuhn.

Obwohl der Tote unsern Anschauungen nicht huldigte, hat er uns doch, als wir verfolgt wurden, Steppuhns Lokal war lange Zeit der einzige Ort in Danzig, an dem die Meinung der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommen konnte. Darum wird das kämpfende Proletariat des Toten in ehrender Anerkennung gedenken.

Die Bestattung erfolgt am Dienstag, dem 30. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Katharinen-Kirchhofs aus. Der Vorstand.

## Todesanzeige.

Am Sonnabend-Morgen starb nach kurzem Krankenlager unser Vorsitzender, der Restaurateur

# Johannes Steppuhn.

Ehre seinem Andenken!

Der Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Danzig.

Die Bestattung erfolgt am Dienstag, dem 30. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Katharinen-Kirchhofs aus. 1823

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Danzig.

### Nachruf.

Am Sonnabend-Morgen starb nach kurzem Krankenlager, der Restaurateur

# Johannes Steppuhn.

Ehre seinem Andenken!

Die Bestattung erfolgt am Dienstag, dem 30. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Katharinen-Kirchhofs aus. Der Vorstand.

## Verband der Maler (Zahlstelle Danzig).

### Nachruf.

Am Sonnabend den 27. Juni verstarb nach kurzem Krankenlager der Restaurateur

# Johannes Steppuhn.

Die Bestattung erfolgt am Dienstag, dem 30. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Katharinen-Kirchhofs aus. Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiterverband

(Zahlstelle Danzig).

Sonnabend den 27. Juni verstarb der Restaurateur

# Herr Joh. Steppuhn.

Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten!

Die Bestattung erfolgt am Dienstag, dem 30. Juni, nachmittags um 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Katharinen-Kirchhofs aus. Der Vorstand.

## Lichtstrahlen.

Monatliches Bildungsorgan für den arbeitenden Arbeiter. Herausgegeben von Justus Borchardt.

Preis pro Heft 10 Pf. — Zum Abonnement empfohlen.

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Für Schuhmacher!

1 Nähmaschine, 1 Arbeitsständer, mehrere Schuhleisten wegen Aufgabe billig zu verkaufen. 1820 Manthei, Kneip 20

F. Kuhn, Wasserstr. 80.

empfiehlt sein Hut- und Mützensgeschäft. 1:0

## Allgemeine Ortskrankenkasse in Danzig.

Vom 1. Juli 1914 ab verlieren folgende eingeschriebene Hilfskassen den Charakter als Ersatzkassen und bestehen von da ab nur noch als Zuschußkassen:

- Kranken- und Sterbekasse „Die Treue Selbsthilfe“,
- die Krankenkasse der Bauhandwerker,
- die Kranken- und Sterbekasse der Unterstufungsleute „Victoria“,
- die Krankenkasse des katholischen Gesellenvereins,
- die Krankenkasse „Friede und Einigkeit“,
- die Krankenkasse des Reepschläger-, Segelmacher- und Seltengewerkschaften.

Die bisherigen im Stadtbezirk Danzig beschäftigten Mitglieder dieser Kassen gehören von dem genannten Zeitpunkt an kraft Gesetzes der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig als Mitglieder an.

Die Arbeitnehmer haben viele Mitglieder, soweit sie am 1. Juli 1914 in einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen, deshalb bei Vermeidung der fahrigungsgemäß festgesetzten Ordnungstrafe längstens bis zum 3. Juli 1914 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vorbrude bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig zu melden. Die Vorbrude sind unentgeltlich erhältlich:

In Danzig: In unserem Geschäftshaus, Jopengasse 52, In der Danziger Verkehrsentrale, Stadtgraben 5.

In Danzig-Langfuhr:

Bei Herrn Buchhändler Paul Fiebig, Hauptstraße 12.

In Danzig-Neufahrwasser:

Bei Herrn Bezirksvorsteher Zieker, Hafenstraße 5/6.

In Danzig-Schidlich: Bei Herrn Bezirksvorsteher Ciesniewski, Karthäuserstraße 106.

824) Der Vorstand.

## Kranken- und Sterbekasse „Die treue Selbsthilfe“

Gegründet 28. September 1880.

Bureau: Frauengasse 10. Geschäftszeit 9-1 und 4-6 Uhr.

### Bekanntmachung.

Am 1. Juli ändert sich unsere Kasse in eine Zuschußkasse um. Sie bleibt weiter bestehen, verliert aber die Berechtigung, ihre Mitglieder von der Zugehörigkeit zu der gesetzlichen Pflichtkrankenkasse zu befreien. Von diesem Termin müssen deshalb die versicherungspflichtigen Mitglieder, die nicht schon einer Betriebs- oder Ortskrankenkasse angehören, von ihren Arbeitgebern bei der für sie zuständigen Pflichtkasse angemeldet werden.

Weitere Auskunft wird in unserem Bureau, Telephon 2577, erteilt.

Der Vorstand.

A. Bartel, Vorsitzender. 1814

# Brot

das wichtigste Nahrungsmittel, beziehen Sie in besten Qualitäten, in technisch u. hygienisch vollendeter Herstellung, für jeden Geschmack passend, durch unsere Niederlagen, erkenntlich an den

Blauen Schildern. 1730

## Danziger Brotfabrik G. m. b. H.

Telephon 380. Kolkowgasse 15. Telephon 380.

## Wintergarten

Prolongiert

Prolongiert

### Haase-Burlesken

Ein unheimlicher Gast Der Kuß im Steffenspart

Walter Bährmann, der beliebte Humorist

sind Schläger des glänzenden Weltstadt-Programms

vom 16. bis 30. Juni

Vorverkauf Zigarrengeschäft R. Obst, Heilige Geistgasse 13

Gebr. Wetzel, Stadtgraben 8. 627)

Karl Kantky: Der Weg zur Nacht Buchhandl. Volkswacht, Paradiesgasse 32.